

| | | |
|---|----------------------|-------------------------------------|
| Vorlage | | Vorlage-Nr: Dez II/0007/WP18 |
| Federführende Dienststelle: Dezernat II | | Status: öffentlich |
| Beteiligte Dienststelle/n: | | Datum: 09.09.2021 |
| | | Verfasser/in: Hr. Kolobajew |
| Benehmensherstellung für die differenzierte Regionsumlage 2022 - 2. Lesung - | | |
| Ziele: | | |
| Beratungsfolge: | | |
| Datum | Gremium | Zuständigkeit |
| 21.09.2021 | Finanzausschuss | Kenntnisnahme |
| 06.10.2021 | Rat der Stadt Aachen | Kenntnisnahme |

Beschlussvorschlag:

Der **Finanzausschuss** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Der **Rat der Stadt** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen

| | | | |
|--|----|------|--|
| | JA | NEIN | |
| | X | | |

| Investive Auswirkungen | Ansatz 2022 | Fortgeschrie bener Ansatz 2022 | Ansatz 2023 ff. | Fortgeschrie bener Ansatz 2023 ff. | Gesamt- bedarf (alt) | Gesamt- bedarf (neu) |
|--|---|--------------------------------------|---|---|----------------------------|----------------------------|
| Einzahlungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Auszahlungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| <i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i> | <i>0</i> | | <i>0</i> | | | |
| | Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden | | Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden | | | |

1-160101-900-9 - Allgemeine Zuweisungen und Umlagen; Kostenart 53740010 -
Regionsumlage allgemein

4-160101-907-1 - Vermögensübertragung StädteRegion; Kosenart 53740010 -
Regionsumlage allgemein

| konsumtive Auswirkungen | Ansatz 2022 | Fortgeschrie bener Ansatz 2022 | Ansatz 2023 ff. | Fortgeschrie bener Ansatz 2023 ff. | Folge- kosten (alt) | Folge- kosten (neu) |
|--|---|--------------------------------------|---|---|---------------------------|---------------------------|
| Ertrag | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Personal-/ Sachaufwand | 173.740.900 | 175.461.000 | 541.278.800 | 576.407.600 | 0 | 0 |
| Abschreibungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| <i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i> | <i>-1.720.100</i> | | <i>-35.128.800</i> | | | |
| | Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden | | Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden | | | |

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

| | | | |
|--------------|----------------|----------------|------------------------|
| <i>keine</i> | <i>positiv</i> | <i>negativ</i> | <i>nicht eindeutig</i> |
| x | | | |

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

| | | | |
|---------------|---------------|-------------|--------------------------|
| <i>gering</i> | <i>mittel</i> | <i>groß</i> | <i>nicht ermittelbar</i> |
| | | | x |

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

| | | | |
|--------------|----------------|----------------|------------------------|
| <i>keine</i> | <i>positiv</i> | <i>negativ</i> | <i>nicht eindeutig</i> |
| x | | | |

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)

| | |
|--|---------------|
| | nicht |
| | nicht bekannt |

Erläuterungen:

1. Stellungnahme der Verwaltung zur Benehmensherstellung

Die Stadt Aachen **stellt das Benehmen** zur Höhe der differenzierten Regionsumlage 2022 bzw. des zugehörigen Umlagesatzes in Höhe von **32,8793 % her**.

Die Verwaltung knüpft hieran allerdings die Erwartungen, dass

- sich die Städteregion im Fortgang ihrer Haushaltsplanung an der jetzt vorgestellten Deckungslücke als Obergrenze für die differenzierte Regionsumlage 2022 festhalten lässt.
- die Städteregion vor dem Hintergrund der - fortdauernd - coronabedingt zu erwartenden wirtschaftlichen Eintrübung auch weiterhin den Zuwachs an freiwilligen Aufgaben begrenzt bzw. einer strengen Prüfung zur Wirtschaftlichkeit unterzieht.
- die Städteregion im Rahmen der Haushaltsberatungen Möglichkeiten zu weiteren Einsparungen sucht und Haushaltsverbesserungen in voller Höhe umlagesenkend weiter gibt, insbesondere eigene Spielräume beim Ansatz der Orientierungsdaten bei den Landeszuweisungen - **und insbesondere bei der Landschaftsumlage** - in der mittelfristigen Haushaltsplanung ausschöpft.

2. Veranlassung / Rechtslage

Mit dem vom Landtag des Landes NRW am 18.09.2012 verabschiedeten „Gesetz über die Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen“ (Umlagegenehmigungsgesetz – UmlGenehmG NRW) wurden die Beteiligungsrechte der kreisangehörigen Gemeinden in § 55 der KrO NRW neu geregelt. Nach der Neufassung lautet diese Bestimmung aktuell wie folgt:

- (1) Die Festsetzung der Kreisumlage erfolgt im Benehmen mit den kreisangehörigen Gemeinden. Das Benehmen ist 6 Wochen vor Aufstellung des Entwurfes der Haushaltssatzung einzuleiten.
- (2) Stellungnahmen der kreisangehörigen Gemeinden im Rahmen der Benehmensherstellung werden dem Kreistag mit der Zuleitung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen zur Kenntnis gegeben. Den Gemeinden ist vor Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen in öffentlicher Sitzung Gelegenheit zur Anhörung zu geben. Über Einwendungen der Gemeinden beschließt der Kreistag in öffentlicher Sitzung. Der Kreis teilt ihnen das Beratungsergebnis und dessen Begründung mit.

Dies gilt analog für die Städteregion im Rahmen der Festsetzung der Städteregionsumlage im Städteregionshaushalt. Gegenstand der Benehmensherstellung ist hierbei nicht die Festsetzung der Kreisumlage (hier: Regionsumlage) durch Bescheid im Einzelfall, sondern die Bestimmung des Umlagesatzes für die Kreis- bzw. Regionsumlage.

Mit Schreiben vom 04.08.2021 hat die Städteregion ein Eckdatenpapier zum Haushaltsentwurf 2022 übermittelt (vergl. **Anlage 1**) und damit das Verfahren der Benehmensherstellung nach § 55 KrO NRW eingeleitet. Den regionsangehörigen Kommunen wird mit diesem Anschreiben bis zum 16.09.2021 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Mit Blick auf diese für die regionsangehörigen Kommunen enge Terminlage zur Prüfung, Abstimmung und Unterrichtung ihrer politischen Gremien hat die Städteregion zugesagt, entsprechende Stellungnahmen auch noch bis zum **13.10.2021** (Zugang bei der Städteregion) zuzulassen.

Nach dem Eckdatenpapier ergeben sich für das Jahr 2022, insbesondere aber für die Jahre 2023 – 2025, gravierende Mehrbelastungen für den städtischen Haushalt gegenüber den bisherigen Einplanungen. Die Verwaltung hatte sich daher entschlossen – anders als in den Vorjahren und noch vor Abschluss aller ergänzenden Abstimmungen – dem Finanzausschuss umgehend, d.h. in seiner Sitzung am 31.08.2021, im Rahmen einer ersten Lesung zur Benehmensherstellung für das Jahr 2022 auf Basis der seinerzeit vorliegenden Erkenntnisse zu berichten. Eine abschließende Unterrichtung und Stellungnahme der Verwaltung auf Basis aktueller Erkenntnisse war im Rahmen einer zweiten Lesung zugesagt – und erfolgt mit dieser Vorlage.

3. Differenzierte Regionsumlage für die Stadt Aachen und zugehörige Eckdaten zum Haushalt 2022

Im Rahmen der Benehmensherstellung für das Haushaltsjahr 2021 wurde erneut ausführlich zum System und dem Bearbeitungsstand der differenzierten Regionsumlage für die Stadt Aachen - entsprechend der Regelung des § 56 Abs. 4 KrO - ab dem Jahr 2019 berichtet (vergl. Vorlage-Nr. Dez II/0003/WP18 für die Sitzungen des Finanzausschusses am 08.12.2020 bzw. Rat am 16.12.2020).

Bereits zum damaligen Berichtszeitpunkt waren die Verhandlungen über zusätzliche Abrechnungspositionen im Haushalt der Städteregion (Büro Städteregionstag ab 2021; Ausbildung von Nachwuchskräften und Aufwendungen für ein zusätzlich freigestelltes Personalratsmitglied rückwirkend ab dem Jahr 2019), an denen sich die Stadt Aachen beteiligen soll, abgeschlossen und in den politischen Gremien der Stadt, der Städteregion sowie der Altkreiskommunen übereinstimmend beschlossen.

Zwischenzeitlich konnten auch die seinerzeit noch laufenden Verhandlungen über die fortzuschreibenden Abrechnungsschlüssel der bereits in der Vergangenheit abgerechneten Positionen abgeschlossen und vereinbart werden. Auch hierzu liegen bestätigende Gremienbeschlüsse der Stadt Aachen (vergl. Vorlage Nr. Dez II/0004/WP18 für die Sitzungen des Finanzausschusses am 08.06.2021 bzw. Rat am 23.06.2021), der Städteregion sowie von einigen der Altkreiskommunen vor (noch ausstehende Beschlüsse sollen in Kürze erfolgen). Die resultierenden Beträge sind in den Planansätzen des Eckdatenpapiers für die differenzierte Umlage der Stadt Aachen für das Jahr 2022 ff. enthalten.

Auf Grundlage der jetzt vorliegenden Erkenntnisse hat die Städteregion für die Stadt Aachen folgende – gegenüber dem Eckdatenpapier vom 04.08.2021 deutlich abweichende - differenzierte

Regionsumlage für das Jahr 2022 ermittelt und mit Schreiben vom 06.09.2021 mitgeteilt (vergl. **Anlage 3.**). Nachrichtlich wird nachstehend auch die für das Jahr 2021 endgültig festgesetzte differenzierte Regionsumlage ausgewiesen.

| Differenzierte Regionsumlage für die Stadt Aachen | | | |
|--|-------------------------|-------------------|----------------------------|
| Jahr | Umlagegrundlagen | Umlagesatz | Diff. Regionsumlage |
| 2022 | 533.652.090,00 € | 32,8793 % | 175.460.924,00 € |
| 2021 | 501.754.511,00 € | 34,3420 % | 172.317.100,00 € |
| Unterschied | + 31.897.579,00 € | | + 3.143.824,00 € |

Für die ehemaligen Kreiskommunen wird nach bisheriger Systematik der Kreisordnung eine eigene, allgemeine Regionsumlage erhoben. Hierfür hat die Städteregion im Rahmen der Benehmensherstellung für das Jahr 2022 einen Betrag in Höhe von rd. 197,6 Mio. € (2021: 194,7 Mio. €) ermittelt. Ein Vergleich mit der differenzierten Umlage der Stadt Aachen ist hier aber nicht sachgerecht, weil in die Ermittlung der allgemeinen Regionsumlage nicht nur die anteiligen Aufwendungen und Erträge der durch Gründung der Städteregion verbundenen Aufgaben einfließen, sondern auch Haushaltsgrößen, von denen die Stadt Aachen nicht betroffen ist (z.B. Effekte der städteregionalen Beteiligungen sowie insbesondere die Inanspruchnahmen der Ausgleichsrücklage zur Begrenzung des allgemeinen Umlagebedarfes).

Nach dem Eckdatenpapier vom 04.08.2021 (Anlage 1.) betrug die für die Stadt Aachen ermittelte differenzierte Regionsumlage für das Jahr 2022 178.719.176 €, d.h. rd. 3,3 Mio. € mehr als jetzt neu berechnet. Der zunächst deutlich stärker berechnete Anstieg der differenzierten Regionsumlage in 2022 resultierte insbesondere aus einer stadtanteiligen Erhöhung der Landschaftsumlage um rd. 5,5 Mio. €.

Durch Änderungen in der Haushaltsplanung des LVR (siehe hierzu auch die nachstehenden Ausführungen sowie das Schreiben der Städteregion in Anlage 3.) wurde die dort zunächst für das Jahr 2022 vorgesehene Erhöhung des Umlagesatzes von bisher 15,70 % auf 15,80 % dahingehend korrigiert, dass jetzt mit einer Senkung des Umlagesatzes auf 15,20 % geplant wird. Dieser reduzierte Umlagesatz hat bei der anteiligen Landschaftsumlage der Stadt Aachen - aufgrund der in 2022 deutlich gestiegenen Umlagegrundlagen der Stadt - immer noch einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rd. 2,2 Mio. € zur Folge, der jetzt aber deutlich geringer ausfällt als zunächst eingeplant.

Durch den zusätzlich geplanten Anstieg der Nettoaufwendungen 2022 für die übertragenen Aufgaben in Höhe von rd. 1 Mio. € sowie Verbesserungen bei den der Stadt Aachen im Haushalt der Städteregion zuzurechnenden allgemeinen Deckungsmittel (Finanzzuweisungen des Landes) errechnet sich saldiert zum derzeitigen Stand der Planung der in der Tabelle ausgewiesene Anstieg der differenzierten Regionsumlage für das Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr.

Für den **Anstieg der Nettoaufwendungen** im Jahr 2022 benennt die Städteregion einige Positionen – aber auch Entlastungen – die sich im Saldo bei der differenzierten Regionsumlage anteilig wie vorstehend ausgeführt (+ rd. 1 Mio. €) auswirken. Hervorzuheben sind hierbei:

- Mehrbedarfe für die Digitalisierungsoffensive in der allgemeinen Verwaltung und in den Schulen
- Reduzierte Gewinnausschüttung der Sparkasse, die auch stadtanteilig einen verringerten Ertrag in Höhe von 900 T€ zur Folge hat
- Mehraufwand bei der Leitstelle
- Gestiegene Personalaufwendungen (Tarif- und Besoldungssteigerungen; beschlossene Stellenmehrbedarfe im Umfang von 21,5 Vollzeitstellenäquivalente für 2022)
- Erhöhung der KdU-Bundeserstattung, bei Wegfall der Erstattung der Flüchtlings-KdU ab 2022
- Moderate Veränderungen bei den Sozialleistungen, insbesondere wird im Eckdatenpapier ein „Einmaleffekt bei der Hilfe zur Pflege“ ausgeführt, der in 2022 zu einer „Reduzierung des Aufwands um 1,3 Mio. € anstelle der eigentlich erforderlichen Steigerung um 4 Mio. € führt.“ Dieser letztgenannte (Einmal-) Effekt führt allerdings im Jahr 2023 - gegenläufig - zu einem (einmalig) deutlich erhöhten Ansatz bei der anteiligen Hilfe zur Pflege, wodurch die Nettoaufwendungen der übertragenen Aufgaben in 2023 überproportional steigen (siehe hierzu die nachstehenden Erläuterungen)

Aufgrund der Besonderheiten in der aktuellen Haushaltsplanung sowie der erheblichen Auswirkungen in den Jahren 2022 – 2025 ist zu den **Steigerungen der Landschaftsumlage für die Jahre 2022 – 2025** weitergehend auszuführen.

Mit Schreiben vom 09.07.2021 hat der LVR die Benehmensherstellung zur Festsetzung der Landschaftsumlage für den dortigen Doppelhaushalt 2022 / 2023 eingeleitet. Mit Schreiben vom 10.08.2021 wurde ergänzend ein Eckdatenpapier zu diesem Haushaltsentwurf übermittelt. Der LVR erwartete danach für das Jahr 2022, insbesondere aber für das Jahr 2023, Corona-bedingte Steuereintrübe, die sich – über entsprechend sinkende Umlagegrundlagen – auf der Ertragsseite für den LVR haushaltsbelastend auswirken würden. Zudem werden steigende Aufwendungen, vor allem im Bereich der Eingliederungshilfe erwartet. Der LVR benennt hierfür die erwarteten Auswirkungen der (wegen Corona) zeitlich verzögerten Umstellungsphase der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), die „in Folge des Ausführungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen zum BTHG (AG-BTHG NRW) maßgeblich durch Zuständigkeitsverschiebungen zwischen örtlichen und überörtlichen Leistungsträgern sowie Implementierung neuer Leistungsarten und neuer Instrumente zur Feststellung des Bedarfs der Leistungsempfänger*innen geprägt ist.“ Trotz Einsatz seiner Ausgleichsrücklage sowie ergänzender Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren 2022 und 2023 sah die Haushaltsplanung des LVR zunächst eine Erhöhung des Umlagesatzes für die Landschaftsumlage für das Jahr 2022 von 15,70 % auf 15,80 % und für die Jahre 2023 - 2025 auf 17,25 % vor.

Als unmittelbare Mitgliedskörperschaft des LVR hatte die Städteregion mit Schreiben vom 29.07.2021 (siehe beiliegende **Anlage 2.**) zur Benehmensherstellung der Landschaftsumlage Stellung genommen. Die Städteregion führte darin in begrüßenswerter Deutlichkeit aus, dass bisherige

Annahmen des LVR zur Entwicklung der Umlagegrundlagen nach letzten Erkenntnissen so nicht zutreffen und dass auch darüber hinaus Potenziale für eine Senkung des Umlagesatzes 2022 erkennbar sind. Ohnehin wird erwartet, dass aufgrund laufender Bewirtschaftung erkennbare Verbesserungen an die Mitgliedskommunen weitergegeben werden.

Die Stellungnahme der Städteregion war insoweit erfolgreich.

Bei seiner Planung hatte der LVR noch nicht die Arbeitskreisrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) für das Jahr 2022 vom 29.07.2021 sowie die neuen Orientierungsdaten des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW vom 17./20.08.2021 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes NRW berücksichtigt.

Aufgrund der danach ausgewiesenen Verbesserungen bei den allgemeinen Deckungsmitteln des LVR, insbesondere der gegenüber den bisherigen Erwartungen höheren Umlagegrundlagen für die Landschaftsumlage 2022, hat der LVR mit der Einbringung seines Doppelhaushaltes für die Jahre 2022 / 2023 den Umlagesatz für das Jahr 2022 von den bisher vorgesehenen 15,80 % auf nunmehr 15,20 % gesenkt.

Bemerkenswert ist allerdings, dass der LVR die Fortentwicklung der Umlagegrundlagen für das Jahr 2023 – in der Folge seinen Umlagesatz für dieses Jahr und die Folgejahre - nicht entsprechend der neuen Orientierungsdaten plant, sondern hierfür eigene Annahmen und Prognosen zugrunde legt, die von den offiziellen Orientierungsdaten deutlich abweichen. Nach den Orientierungsdaten sinken die Umlagegrundlagen im Jahr 2023 gegenüber 2022 um – 2,06 %. Der LVR geht bei seiner Planung dagegen von einer Senkung von – 5,24 % aus. Ein gegebener Umlagemehrbedarf in 2023 führt bei Annahme von geringeren Umlagegrundlagen rechnerisch zu einem höheren Umlagesatz, höhere Umlagegrundlagen naturgemäß zu einem niedrigeren Umlagesatz. Aufgrund seiner Annahme, wonach die Umlagegrundlagen für 2023 um – 5,24 % sinken, sieht der vom LVR eingebrachte Haushaltsentwurf für die Jahre 2023 – 2025 einen Umlagesatz in Höhe von 16,65 % vor. Gegenüber den bisher vorgesehenen 17,25 % ist dies zwar eine Reduzierung um 0,6 Prozentpunkte - hätte der LVR bei seiner Planung allerdings die Entwicklung der Umlagegrundlagen für das Jahr 2023 nach den Orientierungsdaten des Landes zugrunde gelegt (Senkung um lediglich – 2,06 %) wäre für die Deckung seines unveränderten Umlagemehrbedarfes ein Umlagesatz in Höhe von rd. 16,10 % auskömmlich.

Sofern der LVR bei seiner bisherigen Planung für das Jahr 2023 bleibt, die Städteregion bei der Planung ihrer anteiligen Landschaftsumlage für die Jahre 2023 ff. aber die Einschätzungen des LVR nicht übernimmt, sondern die eigenen Umlagegrundlagen nach den offiziellen Orientierungsdaten fortschreibt, entstehen naturgemäß aus der Anwendung des höheren Umlagesatzes (LVR) auf die höheren Grundlagen (Städteregion) erhebliche Disparitäten bei den resultierenden Beträgen. Alleine für das Jahr 2023 entstünde bei der Städteregion in der Planung ein erhöhter Aufwand aus der Landschaftsumlage in Höhe von rd. 5,9 Mio. €.

Rechnerisch belegt dies die Darstellung in der nachstehenden Tabelle, in der der vom LVR derzeit geplante Umlagesatz für das Jahr 2023 (16,65 %) vergleichend auf die unterschiedlich gesenkten Umlagegrundlagen der Städteregion angewandt wird.

| Umlagegrundlagen Städteregion 2022 insgesamt | Senkung | Umlagegrundlagen 2023 | Umlagesatz LVR nach Senkung - 5,24 % | Landschaftsumlage Städteregion 2023 insgesamt |
|---|----------------|----------------------------------|---|--|
| 1.110.460.361 € | - 2,06 % | 1.087.584.878 € | | 181.082.882 € |
| 1.110.460.361 € | - 5,24 % | 1.052.272.238 € | 16,65 % | 175.203.328 € |
| Unterschied | | 35.312.640 € | | 5.879.554 € |

Nach letztem Kenntnisstand wollen sowohl der LVR als auch die Städteregion bei ihren unterschiedlichen Planungsgrundlagen für das Jahr 2023 bleiben. Da die Landschaftsumlage für die Jahre 2024 und 2025 zunächst auf Grundlage der Plandaten des Jahres 2023 fortgeschrieben wird, würden sich die zuvor dargestellten finanziellen Verwerfungen – anteilig, d.h. mit rd. 3 Mio. € p.a. – in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Aachen für die Jahre 2023 - 2025 auswirken.

Aus Sicht der Stadt Aachen ist daher dringend geboten, die Planungen für das Jahr 2023 beim LVR oder der Städteregion so anzupassen, dass Umlagegrundlagen (- 5,24 % oder – 2,06 % gegenüber 2022) und entsprechender Umlagesatz (16,65 % oder 16,10 % ab 2023) den Finanz- und Planungsbedarfen bei allen Beteiligten entsprechen. Die unter Ziffer 1. dieser Vorlage im Rahmen der dortigen Benehmensherstellung dargestellte Erwartungshaltung wird hiermit noch einmal insoweit konkretisiert.

Landschaftsumlage 2022

Bemessungsgrundlage für die städteregionale Landschaftsumlage sind die Umlagegrundlagen für die Regionsumlage, also die Steuerkraftmessen und die Schlüsselzuweisungen der regionsangehörigen Kommunen, sowie zuzüglich die Schlüsselzuweisungen an die Städteregion.

Nach der aktuell vorliegenden Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2022, die insoweit auch Grundlage für das Eckdatenpapier der Städteregion ist, wird für die Städteregion im Jahr 2022 von deutlich erhöhten Umlagegrundlagen ausgegangen. Wie nachfolgend dargestellt, ermittelt sich hieraus für die Stadt Aachen – in Verbindung mit dem nachträglich angepassten Umlagesatz des LVR auf jetzt 15,20 % - gegenüber dem Jahr 2021 ein erhöhter Anteil für die Landschaftsumlage 2022 in Höhe rd. 2,2 Mio. €.

| Landschaftsumlage 2021 und 2022 | | |
|---|-------------------|--|
| Umlagegrundlagen Städteregion 2021 | Umlagesatz | Landschaftsumlage Städteregion 2021 |
| 1.055.161.488 € | 15,70 % | 165.660.354 € |
| Anteil Stadt Aachen | | 80.278.659 € |
| Umlagegrundlagen Städteregion 2022 | Umlagesatz | Landschaftsumlage Städteregion 2022 |
| 1.110.460.361 € | 15,20 % | 168.789.975 € |
| Anteil Stadt Aachen | | 82.542.373 € |

Die erhöhten Umlagegrundlagen der Städteregion resultieren nach der Modellrechnung aus dem insgesamt deutlichen **Zuwachs bei den Steuerkraftmesszahlen** der regionsangehörigen Kommunen. Dieser Zuwachs weist gegenüber dem Jahr 2021 für das Jahr 2022 eine Steigerung in Höhe von rd. 57,4 Mio. € aus, wobei diese **ganz wesentlich (in Höhe von rd. 46,4 Mio. €) alleine von dem überproportionalen Zuwachs an (liquider) Steuerkraft bei der Stadt Aachen getragen wird.**

Bei den **Schlüsselzuweisungen** der regionsangehörigen Kommunen ist – gegenläufig zu den Steuerkraftmesszahlen - im Vergleich mit dem Jahr 2021 insgesamt eine Minderung in Höhe von rd. 4,1 Mio. € zu verzeichnen. Einem Zuwachs an Schlüsselzuweisungen bei den Altkreiskommunen in Höhe von rd. 10,4 Mio. € steht ein **Rückgang alleine bei Stadt Aachen in Höhe von 14,5 Mio. €** entgegen.

Anteilige Landschaftsumlage der Stadt Aachen 2023 – 2025

Nach den bisherigen Planungen der Städteregion, d.h. Fortschreibung der Umlagegrundlagen ab dem Jahr 2023 nach den neuen Orientierungsdaten sowie Anwendung des derzeit geplanten Umlagesatzes des LVR in Höhe von 16,65 % stellt sich die anteilige Landschaftsumlage der Stadt Aachen derzeit wie folgt dar:

| Jahr | LV-Umlage | Erhöhung zum Vorjahr Betrag | Erhöhung zum Vorjahr % |
|-------------|------------------|------------------------------------|-------------------------------|
| 2022 | 82.542.373 € | 2.263.714 € | 2,82 % |
| 2023 | 88.553.902 € | 6.011.529 € | 7,28 % |
| 2024 | 93.344.668 € | 4.790.766 € | 5,41 % |
| 2025 | 97.321.151 € | 3.976.483 € | 4,26 % |

Wie vorstehend ausgeführt, hätte ein in der Planung der Berechnungsgrundlagen synchrones Verfahren bei LVR und Städteregion ab dem Jahr 2023 eine um rd. 3 Mio. € p.a. geringere stadtanteilige Landschaftsumlage zur Folge.

4. Auswirkungen des Eckdatenpapiers auf den Haushalt der Stadt Aachen

Die anteilige Landschaftsumlage ist – neben den Nettoaufwendungen der übertragenen Aufgaben und den der Stadt Aachen zuzurechnenden allgemeinen Deckungsmitteln aus dem Finanzausgleich -

Bestandteil der differenzierten Regionsumlage der Stadt Aachen. Die Städteregion hat diese Parameter nach Vorlage der neuen Umlagesätze des LVR (siehe vorstehend) sowie der neuen Orientierungsdaten (bisher waren hilfsweise die Orientierungsdaten aus dem Vorjahr angesetzt) zur Fortschreibung der differenzierten Regionsumlage aufgenommen (vergl. erneut Anlage 3.).

Für die Jahre 2022 – 2025 stellt sich danach die neue Gesamtbelastung für den städtischen Haushalt derzeit wie folgt dar. Daneben werden die bisherigen Einplanungen hierzu im städtischen Haushalt aufgeführt.

| Jahr | Diff. Regionsumlage | Diff. Regionsumlage nach bish. Haushaltsplanung | Unterdeckung rd. |
|-------------|----------------------------|--|-------------------------|
| 2022 | 175.461.000 € | 173.740.900 € | - 1.720.100 € |
| 2023 | 186.568.100 € | 176.976.200 € | - 9.591.900 € |
| 2024 | 192.432.200 € | 182.151.300 € | - 10.280.900 € |
| 2025 | 197.407.300 € | 182.151.300 € | - 15.256.000 € |

Es wird deutlich, welche gravierenden Auswirkungen die derzeit geplanten Umlagebeträge, insbesondere in den Jahren ab 2023, haben würden. Diese Mehrbelastungen sind insbesondere auf den zuvor beschriebenen Anstieg der Landschaftsumlage zurückzuführen.

Im Jahr 2023 tritt verstärkend ein negativer „Einmaleffekt“ bei der Hilfe zur Pflege hinzu. Wie bereits weiter oben ausgeführt, weist das Eckdatenpapier auf den positiven Effekt für das Jahr 2022 hin, der nach den Ausführungen bei der Hilfe zur Pflege „in 2022 zu einer „Reduzierung des Aufwands um 1,3 Mio. € anstelle der eigentlich erforderlichen Steigerung um 4 Mio. € führt.“ Dieser für das Jahr 2022 entlastende Effekt führt allerdings im Jahr 2023 - gegenläufig - zu einem (einmalig) deutlich erhöhten Ansatz bei der anteiligen Hilfe zur Pflege, wodurch die Nettoaufwendungen der übertragenen Aufgaben in 2023 - überproportional - um rd. 4,40 % gegenüber 2022 ansteigen. In den übrigen Jahren bewegt sich dieser Anstieg in der Planung zwischen rd. 1% (2021 nach 2022) sowie rd. 1,5% p.a. in den Jahren 2024 und 2025.

Im Jahr 2022 ist der städtische Haushalt (zunächst) uneingeschränkt von der Festsetzung der differenzierten Regionsumlage betroffen. Nach der Systematik der differenzierten Regionsumlage ist diese nach Ablauf des Haushaltsjahres im Wege einer Spitzabrechnung zu überprüfen. In Höhe einer nachgewiesenen Über- oder Unterzahlung erfolgt eine Ausgleichszahlung zwischen der Stadt Aachen und der Städteregion (entweder Nachzahlung der Stadt oder Erstattung an die Stadt).

Alle Akteure sind allerdings nach wie vor aufgefordert, auf eine angepasste Umlage hinzuwirken, die gerade den kommunalen Notwendigkeiten und Möglichkeiten bestmöglich entspricht.

Bei den jetzt vorgelegten Ansätzen geht die Verwaltung davon aus, dass

- sich bei der endgültigen Planung der Landschaftsumlage noch Änderungen beim LVR bzw. der Städteregion ergeben können

- sich im Rahmen der Haushaltsberatungen der Städteregion auch an den übrigen Positionen noch Änderungen ergeben können, die zu berücksichtigen sein werden
- aus den endgültigen Festsetzungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) für das Jahr 2022 ebenfalls noch weitere Anpassungen entstehen können

Die Verwaltung prüft unabhängig von der konkreten Benehmensherstellung zudem vorsorglich, ob - jedenfalls bei weitgehend unveränderten Planansätzen der Städteregion in den Jahren 2023 – 2025 - für diesen Zeitraum abweichende Ansätze für den städtischen Haushalt auf der Grundlage eigener Prognosen eingeplant werden können.

Anlagen:

Eckdatenpapier der Städteregion zum Haushaltsentwurf 2022

Stellungnahme der Städteregion zur Benehmensherstellung der Landschaftsumlage

Fortgeschriebene Eckdaten der Städteregion zum Haushaltsplanentwurf 2022



Lt. Verteiler

**Haushaltsentwurf 2022;
Benennungsherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage
hier: Eckdaten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Eckdaten zum Haushaltsentwurf der StädteRegion für das Haushaltsjahr 2022.

Damit ist das Benennungsverfahren zur Festsetzung der Regionsumlage gemäß § 55 Kreisordnung NRW eingeleitet und Sie haben bis zum

16.09.2021

Gelegenheit zur Stellungnahme.

Gleichfalls lade ich Sie hiermit zur öffentlichen Sitzung des Städteregionsausschusses am

Donnerstag, 18.11.2021 um 18:00 Uhr

in das Haus der StädteRegion Aachen, Zollernstraße 16, 52070 Aachen, Raum E 072 (Mediensaal), ein und gebe Ihnen damit im Rahmen des Benennungsverfahrens zum Haushalt 2022 Gelegenheit zur Anhörung gem. § 55 Abs. 2 S. 2 der Kreisordnung NRW.

Gerne biete ich an, dass mein Kämmerer Herr Claßen sowie die für die Abrechnungsmodalitäten mit der Stadt Aachen zuständige Sachbearbeiterin Frau Görgen zusätzlich die Eckdaten in der geplanten Runde der Kämmerer am 02.09.2021 erläutern und mit der Runde diskutieren.

Der weitere Terminplan sieht vor, dass die Feststellung des Haushaltsentwurfs durch den Städteregionsrat am 17.09.2021 erfolgt. Die Einbringung im Städteregionstag ist für den 29.09.2021 vorgesehen, die Beratungstermine im Städteregionsausschuss sind am 18.11. und am 02.12.2021, die Verabschiedung soll im Städteregionstag am 09.12.2021 erfolgen.

**A 20
Kämmerei/Kasse**

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 - 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 - 2424

Telefax
0241 / 5198 - 82424

E-Mail
thomas.classen@
staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Herr Claßen

Zimmer
A 215

Aktenzeichen
(bitte immer angeben)
20.21.01

Datum
04.08.2021

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90

Bürgertelefon
0800 / 5198 000

Internet
[http://www.
staedteregion-aachen.de](http://www.staedteregion-aachen.de)

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSD E 33
IBAN DE2139050000
0000304204

Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE5237010050
0102986508

Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13,
14, 21, 27, 33, 34, 37,
46, 56, 57, 77, 163 bis
Haltestelle Normaluhr.
Ca. 5 Minuten Fußweg
vom Hauptbahnhof.

Die Ermittlung des Regionsumlagebedarfs für das Jahr 2022 steht noch unter dem Eindruck der coronabedingten Veränderungen der Finanzbedarfe wie auch der Finanzkraft. Noch nicht berücksichtigt sind etwaige haushaltswirksame Veränderungen aufgrund der Hochwasserkatastrophe.

Alle Berechnungen und Prognosen beinhalten – abgesehen von der Hochwasserkatastrophe - die aktuellen Erkenntnisse und die seitens des Landes zur Verfügung gestellten Informationen, insbesondere

- die mitgeteilten Ergebnisse der sog. „Arbeitskreisrechnung“ des Landes zum Finanzausgleich
- die im Rahmen des Benehmensverfahrens angekündigten Umlagesätze des Landschaftsverbandes und
- die vorjährigen Orientierungsdaten, die hinsichtlich der weiteren Entwicklung für die Jahre 2023 und 2024 mangels anderer belastbarer Erkenntnisse übernommen und auf das Jahr 2025 ohne Veränderung fortgeschrieben wurden.

Nachstehend werden daher die wesentlichen Entwicklungen und Veränderungsgrößen aufgezeigt, die zu dem Umlagebedarf im Städteregionshaushalt des Jahres 2022 sowie der Folgejahre führen:

| | in Mio. € 2021 | in Mio. € 2022 |
|--|-------------------|-------------------|
| 1. Ausgangspunkt ist der Finanzbedarf der Dezernate im HH 2022 von Darin enthalten sind alle Aufwendungen und Erträge zur Erfüllung der Aufgaben im Jahr 2022. Nähere Ausführungen und entsprechende Erläuterungen ergeben sich aus den als Anlage beigefügten Darstellungen. | -284,1 | -291,3 |
| Ein erheblicher zusätzlicher Finanzbedarf ergibt sich aus der Land- schaftsumlage . Der Landschaftsverband hat im Rahmen seines Beneh- mensherstellungsverfahrens angekündigt, den Umlagesatz für 2022 von 15,7 % auf 15,8 % und für 2023 auf 17,25 % anzuheben. Da die Umlagegrundlagen für die Landschaftsumlage der StädteRegion in 2022 gegenüber 2021 deutlich - auf mehr als 1,1 Mrd. € - ansteigen, hätte selbst ein unveränderter Umlagesatz von 15,7 % zu einem absolu- ten Anstieg und somit Mehrbedarf gegenüber 2021 von rd. 8,7 Mio. € geführt. Die Erhöhung um 0,1 % macht weitere rd. 1,1 Mio. € aus, so dass in 2022 die Landschaftsumlage gegenüber 2021 um rd. 9,8 Mio. € und damit von rd. 165,7 Mio. € auf rd. 175,5 Mio. € | -165,7 | -175,5 |
| ansteigt. Die erhebliche angekündigte Steigerung des Umlagesatzes des LVR ab dem Jahr 2023 auf 17,25 % bedeutet unter Berücksichtigung steigender Umlagegrundlagen eine zusätzliche Mehrbelastung von gut 21 Mio. € und in 2024 und 2025 einen weiteren Anstieg um je rd. 10 Mio. € . | | |
| Der Finanzbedarf im Produktbereich „ Allgemeine Finanzwirtschaft “, in welchem die Rückstellungen, insbesondere die Versorgungsrückstellun- gen, und darüber hinaus die Finanzierungskosten für Kredite und Lea- singgeschäfte sowie bis 2021 der Anteil an der Einheitslastenabrechnung veranschlagt werden, beläuft sich auf rd. | -15,7 | -14,4 |
| Somit ergibt sich in 2022 ein Gesamtfinanzierungsbedarf von | <u>-465,5</u> | <u>-481,2</u> |

2. Einsatz der Ausgleichsrücklage zur Reduzierung des Umlagebedarfs

Nach der bisherigen Mittelfristplanung im Haushalt 2021 war der weitgehende Einsatz der per 31.12.2019 vorhandenen Ausgleichsrücklage von insgesamt rd. 12,4 Mio. € mit rd. 5,4 Mio. € in 2021 und mit rd. 4,3 Mio. € in 2022 zur Reduzierung des Umlagebedarfs vorgesehen. Es verblieben rd. 2,7 Mio. € zur Abdeckung etwaiger eigener Haushaltsrisiken. Nach dem Entwurf des Jahresabschlusses 2020 steigt durch den Überschuss aufgrund der zusätzlichen KdU-Bundeserstattung die Ausgleichsrücklage auf rd. 28,5 Mio. € an. Unter Abzug des in 2021 eingeplanten und nach dem aktuellen Budgetbericht zum 30.06.2021 sowie unter Berücksichtigung der Soforthilfe aufgrund der Hochwasserkatastrophe notwendigen Einsatzes der Ausgleichsrücklage von rd. 5,4 Mio. € **verbleiben rd. 23,1 Mio. €**. Nach der aktuellen Planung ist **für die Jahre 2022 ff. der nahezu vollständige Einsatz** dieser verfügbaren Mittel **mit insgesamt rd. 22,7 Mio. €** vorgesehen, es verbleibt ein rechnerischer Restbestand von rd. 0,4 Mio. €.

Im Jahr 2022 eingeplant ist eine Inanspruchnahme mit rd. 4,1 Mio. €, in 2023 zur Abfederung der dann erheblichen Umlagesteigerung des Landschaftsverbandes mit rd. 10 Mio. €, in 2024 mit rd. 6,2 Mio. € und in 2025 mit rd. 2,4 Mio. €.

3. Finanzausgleich

| | 2021 in Mio. € | 2022 in Mio. € |
|---|----------------------|----------------------|
| Finanzbedarf laut vorstehender Ziff. 1 | -465,5 | -481,2 |
| <u>Einsatz der Ausgleichsrücklage laut vorstehender Ziff. 2</u> | <u>5,4</u> | <u>4,1</u> |
| Verbleibender Finanzbedarf | <u>-460,1</u> | <u>-477,1</u> |

Der Finanzbedarf ist zu decken aus den Allgemeinen Deckungsmitteln. Diese beinhalten die Allgemeine und die differenzierten Regionsumlagen, die Schlüsselzuweisungen sowie die sonstigen Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs.

| | | |
|---|--------------------------------|--------------------------------|
| a) differenzierte Umlage Stadt Aachen bei einem Umlagesatz von | 172,3 34,3420% | 178,7 33,4898% |
| b) differenzierte Umlage Jugendamt bei einem Umlagesatz von | 23,1 26,7678 % | 24,2 26,3550 % |
| c) differenzierte Umlage ÖPNV | 16,6 | 17,3 |
| d) Schlüsselzuweisungen | 46,6 | 49,2 |
| <u>e) Bedarfszuweisungen (Schulpauschale, Inkl.-Pauschale)</u> | <u>6,8</u> | <u>6,9</u> |
| f) Allgemeine Regionsumlage bei einem Umlagesatz von | <u>194,7</u> 38,3 % | <u>200,8</u> 37,9 % |

Die Allgemeine Regionsumlage kann für 2022 trotz der erheblich höheren Landschaftsumlage, die alleine für den Altkreisanteil eine rechnerische Umlagesatzsteigerung von rd. 0,8 % ausgemacht hätte, um 0,4 % auf 37,9 % gesenkt werden. Dies gelingt dank der Einplanung eines Fehlbedarfs zu Lasten der Ausgleichsrücklage i.H.v. rd. 4,1 Mio. €. Hinzu kommen positive Einmaleffekte. In 2022 kann einmalig in der Hilfe zur Pflege statt eines Mehrbedarfs von 4 Mio. € eine Reduzierung von 1,7 Mio. € aufgrund des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes eingeplant werden. Zudem ist einmalig im Produkt Rettungsdienst eine verbesserte Einnahmesituation aufgrund der geplanten Einbeziehung von Fehlbeträgen aus der Vergangenheit gegeben, dies macht gegenüber 2021 eine Verbesserung rd. 1,3 Mio. € aus.

Daneben partizipiert die StädteRegion von der unerwartet positiven Entwicklung der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen der Kommunen, die zusammen die Umlagegrundlagen darstellen.

4. Mittelfristplanung 2023 - 2025

Für die Jahre 2023 bis 2025 ist, wie oben bei Ziff. 2 ausgeführt, ein weiterer erheblicher und damit nahezu vollständiger Einsatz der Ausgleichsrücklage geplant.

Im Jahr 2023 wird durch den Einsatz von rd. 10 Mio. € die erhebliche Steigerung der Umlage des Landschaftsverbandes, die rechnerisch einer Umlagesatzsteigerung von rd. 2,4 % entsprechen hätte, sowie der Wegfall der vorstehend unter Ziff. 3 beschriebenen Einmaleffekte des Jahres 2022, deutlich abgemildert. Die Steigerung des Umlagesatzes kann auf die erforderlichen 38,5 % begrenzt und durch den weiteren Einsatz von 6,2 Mio. € in 2024 und 2,4 Mio. € in 2025 konstant bei 38,5 % gehalten werden.

Dies steht unter der Prämisse, dass die zugrunde gelegten Steigerungsraten für die Umlagegrundlagen 2023 und 2024 (und für 2025 unverändert fortgeschrieben) laut der letztjährigen Orientierungsdaten auch tatsächlich eintreten.

Im Hinblick auf die absehbaren und durch die Hochwasserkatastrophe zumindest in einigen Kommunen noch größer gewordenen finanziellen Herausforderungen in den kommunalen Haushalten, einen Ausgleich im Jahr 2022 zu erreichen und um gleichzeitig für größtmögliche Planungssicherheit zu sorgen, wurde als Zielgröße ein Umlagesatz angestrebt, der maximal bei dem Wert der Mittelfristplanung des Haushalts 2021 von 38,2 % liegt. Unter Einsatz der bereits im Haushalt 2021 für 2022 vorgesehenen rd. 4 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage kann – trotz der Zusatzbelastung aufgrund der Umlagesteigerung des Landschaftsverbandes – sogar eine Senkung des Umlagesatzes auf 37,9 % erfolgen.

Für die Mittelfristplanung der Jahre 2023 bis 2025 kann die notwendige Umlageerhöhung, die sich insbesondere aus der erheblichen Steigerung der Landschaftsumlage, aber auch aus dem Wegfall von Einmaleffekten im Haushalt 2022 ergibt, auf konstant 38,5% begrenzt werden. Grundlage sind die vorjährigen Orientierungsdaten, die sich mit der Bekanntgabe der neuen Orientierungsdaten im Herbst 2021 noch deutlich verändern können und für die Mittelfristplanung 2023 bis 2025 zu einer veränderten Einschätzung führen können.

Zudem ist deutlich darauf hinzuweisen, dass durch die nahezu vollständige Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage im Planungszeitraum keinerlei Reserven vorhanden sind, um etwaige negative Planabweichungen noch auffangen zu können. Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass in den Planwerten noch keine Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe auf den Städteregionshaushalt berücksichtigt sind. Erstmals in 2025 berücksichtigt ist die Abschreibung der Corona-Bilanzierungshilfe. Dabei wird ein bis dahin aufgewachsener Betrag von 15 Mio. € unterstellt, der über den Maximalzeitraum von 50 Jahren abgeschrieben wird, so dass sich eine jährliche Belastung des Haushalts von 300 T€ ergibt. Der erheblichen Umlagesteigerung des Landschaftsverbandes wird seitens der StädteRegion deutlich entgegengetreten. Hierzu habe ich Ihnen meine entsprechende Stellungnahme im Rahmen des Benehmensverfahrens des LVR zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Tim Grüttemeier
Städteregionsrat

Anlagen

Verteiler:

Frau Oberbürgermeisterin **Sibylle Keupen**, Rathaus, 52066 Aachen
Herrn Bürgermeister **Alfred Sonders**, Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf
Herrn Bürgermeister **Pierre Froesch**, Mariastraße 2, 52499 Baesweiler
Frau Bürgermeisterin **Nadine Leonhardt**, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler
Herrn Bürgermeister **Dr. Benjamin Fadavian**, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath
Herrn Allgemeinen Vertreter **Franz-Karl Boden**, Laufenstraße 84, 52156 Monschau
Herrn Bürgermeister **Jorma Klauss**, Hauptstraße 55, 52159 Roetgen
Herrn Bürgermeister **Bernd Goffart**, Rathausplatz, 52152 Simmerath
Herrn Bürgermeister **Patrick Haas**, Rathausstraße 11-13, 52222 Stolberg
Herrn Bürgermeister **Roger Nießen**, Morlaixplatz 1, 52146 Würselen

Herrn Städteregionsrat **Dr. Tim Grüttemeier**
Frau **Birgit Nolte**, KDin/Dezernentin II
Herrn **Dr. Michael Ziemons**, Dezernent III
Herrn **Stefan Jücker**, Dezernent IV
Herrn **Markus Terodde**, Dezernent V
Herrn **Gregor Jansen**, Dezernent VI
A 15 – Kommunalaufsicht
S 13 – Öffentlichkeitsarbeit

Durchschrift:

CDU-Fraktion im Städteregionstag
SPD-Fraktion im Städteregionstag
GRÜNE-Fraktion im Städteregionstag
FDP-Fraktion im Städteregionstag
AfD-Fraktion im Städteregionstag
UPP-Fraktion im Städteregionstag
DIE LINKE-Fraktion im Städteregionstag

Aachen, 04. August 2021

StädteRegion Aachen

Eckdatenpapier zum Haushaltsentwurf 2022

Einleitung des Benehmens mit den regionsangehörigen Städten und
Gemeinden gemäß § 55 Kreisordnung NRW zur Festsetzung

- der allgemeinen Regionsumlage,
- der Regionsumlage Mehrbelastung Stadt Aachen,
- der Regionsumlage Mehrbelastung Jugendhilfe,
- der Regionsumlage Mehrbelastung ÖPNV.

Inhaltsverzeichnis:

- 1. Ausgangslage**
 - 1.1. Finanzsituation der StädteRegion Aachen**
 - 1.2. Jahresabschluss 2020**
 - 1.3. Haushaltsbewirtschaftung 2021**
- 2. Der Ergebnisplan 2022**
 - 2.1. Planungsgrundlagen**
 - 2.1.1. Steuerkraftmesszahlen**
 - 2.1.2. Schlüsselzuweisungen**
 - 2.1.3. Umlagegrundlagen**
 - 2.1.4. Orientierungsdaten**
 - 2.1.5. Landschaftsumlage**
 - 2.1.6. Einheitslastenabrechnungsgesetz**
 - 2.1.7. Finanzierungsregelung Stadt Aachen**
 - 2.1.8. Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen**
 - 2.1.9. Zuschussbedarf im Bereich der Sozialleistungen**
 - 2.1.10. Besondere Mehrbedarfe**
 - 2.2. Berechnung der allgemeinen Regionsumlage**
 - 2.3. Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung Stadt Aachen**
 - 2.4. Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung Jugendhilfe**
 - 2.5. Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung ÖPNV**
- 3. Ausblick auf die Folgejahre (mittelfristige Planung 2023 bis 2025)**
- 4. Weitere Zeitplanung**
- 5. Schlussbemerkung**

Anlagen

1. Ausgangslage

1.1 Finanzsituation der StädteRegion Aachen

Trotz Strukturkonzept und bereits vieler Jahre Haushaltskonsolidierung (z.B. Ökonomieprogramm, Personalbewirtschaftungskonzept) ist der Regionshaushalt insgesamt durch eine stete Aufwandssteigerung gekennzeichnet. Dies vor allen Dingen durch die erheblichen Steigerungen im Bereich der Sozialleistungen – denen allerdings inzwischen auch deutliche Erstattungsleistungen des Bundes gegenüberstehen – und den Zuwachs an neuen Aufgaben. Die direkte Abhängigkeit dieser Bereiche von externen Entscheidungen macht deutlich, dass eine selbstbestimmte Steuerung durch diese immer wieder auftretenden Faktoren extrem schwierig bis unmöglich ist.

Die jährlich in Millionenhöhe steigenden Umlageverpflichtungen gegenüber dem Landschaftsverband Rheinland zur Erfüllung seiner Aufgaben belasten die StädteRegion Aachen zusätzlich stark. Auch hier gilt die erhebliche Einschränkung einer selbstbestimmten Steuerung.

1.2 Jahresabschluss 2020

Das Haushaltsjahr 2020 schließt mit einem **Überschuss im Entwurf der Jahresrechnung von 16.050.154,74 €** ab. Auf die nachfolgende Tabelle wird verwiesen:

| Jahresabschlussergebnis 2020 | | | | |
|------------------------------|--|------------------------|--------------------------|--------------------------------|
| | Gesamtergebnisrechnung | lt. Haushaltsplan 2020 | lt. Jahresabschluss 2020 | Verbesserung/Ver schlechterung |
| 01 | Steuern u. ähnliche Abgaben | 10.200.000,00 | 9.862.225,15 | - 337.774,85 |
| 02 | + Zuwendungen u. allgemeine Umlagen | 506.585.896,00 | 496.328.362,33 | - 10.257.533,67 |
| 03 | + Sonstige Transfererträge | 12.375.000,00 | 12.263.170,28 | - 111.829,72 |
| 04 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 35.758.967,00 | 32.120.093,93 | - 3.638.873,07 |
| 05 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | 2.422.300,00 | 1.892.916,64 | - 529.383,36 |
| 06 | + Kostenerstattung, Kostenumlagen | 152.547.339,00 | 187.797.080,92 | 35.249.741,92 |
| 07 | + Sonstige ordentliche Erträge | 9.379.882,00 | 12.277.641,82 | 2.897.759,82 |
| 08 | + Aktivierte Eigenleistung | 100.500,00 | 26.027,57 | - 74.472,43 |
| 09 | +/-Bestandsveränderungen | - | - | - |
| 10 | = Ordentliche Erträge | 729.369.884,00 | 752.567.518,64 | 23.197.634,64 |
| 11 | - Personalaufwendungen | - 117.767.176,00 | - 120.651.668,38 | - 2.884.492,38 |
| 12 | - Versorgungsaufwendungen | - 11.294.947,00 | - 10.715.317,95 | 579.629,05 |
| 13 | - Aufwendungen f. Sach-/Dienstleistungen | - 70.925.961,00 | - 71.465.365,73 | - 539.404,73 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibung | - 11.394.903,00 | - 11.919.755,84 | - 524.852,84 |
| 15 | - Transferaufwendungen | - 501.324.299,00 | - 513.859.474,05 | - 12.535.175,05 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | - 40.090.067,00 | - 35.304.279,62 | 4.785.787,38 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | - 752.797.353,00 | - 763.915.861,57 | - 11.118.508,57 |
| 18 | = Ordentliches Ergebnis | - 23.427.469,00 | - 11.348.342,93 | 12.079.126,07 |
| 19 | + Finanzerträge | 21.597.966,00 | 19.702.016,24 | - 1.895.949,76 |
| 20 | - Zinsen und ähnliche Aufwendungen | - 2.216.500,00 | - 1.125.104,14 | 1.091.395,86 |
| 21 | = Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20) | 19.381.466,00 | 18.576.912,10 | - 804.553,90 |
| 22 | = Ergebnis der laufenden Verw. (=Zeilen 18 und 21) | - 4.046.003,00 | 7.228.569,17 | 11.274.572,17 |
| 23 | + außerordentliche Erträge | - | 8.821.585,57 | 8.821.585,57 |
| 24 | - außerordentliche Aufwendungen | - | - | - |
| 25 | = außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24) | - | 8.821.585,57 | 8.821.585,57 |
| 26 | Jahresergebnis vor interner Leistungsverrechnung | - 4.046.003,00 | 16.050.154,74 | 20.096.157,74 |

Prägend für den Jahresabschluss 2020 ist die nicht absehbare und damit nicht eingeplante Anhebung der Bundeserstattung für die Kosten der Unterkunft (KdU) um 25% einerseits sowie die Möglichkeit der Isolierung der coronabedingten Schäden nach dem NKF-Corona-Isolierungsgesetz (NKF-CIG) andererseits.

Die Anhebung der KdU-Bundeserstattung um 25% führte im Wesentlichen zu den Mehrerträgen in der „Kostenerstattung, Kostenumlagen“, die Folge war bei den Transferaufwendungen die entsprechende Beteiligung der Stadt Aachen. Die coronabedingten Aufwendungen führten hingegen nicht zu einer Ergebnisbelastung, da diese nach dem NKF-CIG und als außerordentliche Erträge gebucht wurden.

Der Überschuss 2020 stärkt die Ausgleichsrücklage, die damit zum Stand 31.12.2020 auf rd. 28,5 Mio. € anwächst. Davon sind rd. 5,4 Mio. € zur Abdeckung des im Jahr 2021 eingeplanten und nach dem aktuellen Budgetbericht zum 30.06.2021 sowie unter dem Eindruck der Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe voraussichtlich auch entstehenden Fehlbetrags in Abzug zu bringen, die verbleibenden rd. 23,1 Mio. € werden weitestgehend in der Haushaltsplanung 2022 und in der Mittelfristplanung 2023 bis 2025 zur Begrenzung des Umlagebedarfs und zur Verstetigung des Umlagesatzes eingeplant. Für die eigenen Haushaltsrisiken der StädteRegion verbleibt lediglich ein Restbetrag von rd. 438 T€. Auf die Anlagen wird verwiesen.

Zu den weiteren Erläuterungen zum Jahresabschluss 2020 wird auf die Vorlage des Entwurfs im Städteregionstag am 24.06.2021 (SV-Nr. 2021/0319) verwiesen. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2020 befindet sich derzeit in der Prüfung.

1.3 Haushaltsbewirtschaftung 2021

Prägend für die Entwicklung des Haushalts 2021 sind insbesondere zwei Faktoren:

- die Auswirkungen der Corona-Pandemie und
- die noch nicht im Detail einschätzbaren Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe

Bei der Bewirtschaftung des Haushaltes 2021 zeichnet sich nach dem Stand des 2. Budgetberichtes zum 30.06.2021 - unter allem Vorbehalt der Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe - ein Ergebnis in der Größenordnung des veranschlagten Fehlbedarfs von rd. -5,4 Mio. € ab. Im Städteregionshaushalt wirken sich die Aufwendungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (z.B. Betrieb Impfzentrum, Betrieb Abstrichzentrum, Personenkontaktnachverfolgung pp.) voraussichtlich mit anderen Beträgen als geplant aus, da diese aber insgesamt nach dem NKF-CIG isoliert werden, entsteht keine direkte Ergebnisauswirkung.

Die Hochwasserkatastrophe hat dagegen in Form der Soforthilfe von 1,5 Mio. € zu einer ersten Ergebnisauswirkung geführt, die allerdings noch im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung 2021 aufgefangen werden kann. Für mögliche weitere Belastungen aus der Hochwasserkatastrophe zeichnet sich allerdings derzeit kein Spielraum im Städteregionshaushalt 2021 ab.

2. Der Ergebnisplan 2022

2.1 Planungsgrundlagen

Auch für das Jahr 2022 ist nach dem „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften (NKF-CIG)“ die Möglichkeit eröffnet, die planerischen, pandemiebedingten Schäden zu isolieren, in einer sogenannten Bilanzierungshilfe zu aktivieren und somit das Ergebnis des Jahres 2022 nicht damit zu belasten. Die zu isolierenden Bereiche und damit Beträge sind allerdings gegenüber den Jahren 2020 und 2021 deutlich rückläufig. Neben den eigentlichen Aufwendungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im dafür eigens eingerichteten Produkt „Corona“ mit netto rd. 785 T€ sind die größten Posten zur Isolierung der erhöhte Zuschussbedarf des Grentlandtheaters mit einem Betrag von rd. 900 T€ sowie die Kosten der Digitalisierung und Informationstechnik mit 265 T€. Hinzu kommen noch drei kleinere Bereiche mit insgesamt 38 T€.

Dagegen konnten noch nicht mögliche Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe – mit Ausnahme der erforderlichen investiven Ersatzbeschaffung von zwei verloren gegangenen ELW I – im Haushaltsentwurf 2022 berücksichtigt werden.

Für den Entwurf des Ergebnisplans 2022 werden nachstehend zunächst die wichtigsten Grundlagen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) für die Berechnung der Allgemeinen Deckungsmittel dargestellt. Bezug genommen wird auf die sog. „Arbeitskreisrechnung“ vom 29.07.2021, die aus der Erfahrung der Vorjahre schon sehr verlässliche Zahlen zu den Berechnungsparametern (Umlagegrundlagen, Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen) liefert.

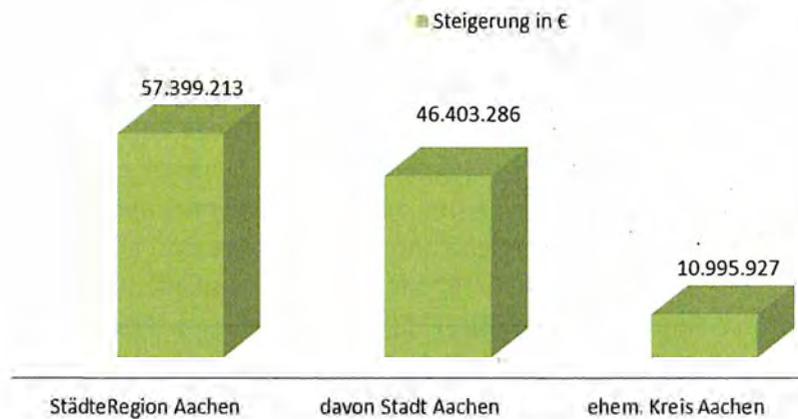
Für die Landschaftsumlage wurde die im Rahmen des Benehmensverfahrens avisierte Erhöhung der Umlagesätze für 2022 auf 15,8 % und für 2023ff. auf 17,25 % berücksichtigt.

Neben den Grundlagen des GFG wird zur Erläuterung des Ergebnisplans auch näher auf die Schwerpunkte der Sozialleistungen sowie der Personal- und Versorgungsaufwendungen eingegangen. Schließlich werden die Daten für die Berechnung der allgemeinen Regionsumlage, der differenzierten Regionsumlage für die Stadt Aachen, für die Aufgaben der Jugendhilfe sowie die ÖPNV-Umlage dargestellt.

2.1.1 Steuerkraftmesszahlen

Die Steuerkraft in der StädteRegion Aachen ist entsprechend der vorläufigen Berechnungen von 2021 auf 2022 unerwartet deutlich um rund 8,24 Prozent gestiegen (zu unterstellen ist, dass die coronabedingte Gewerbesteuerkompensation hier anteilig bereits eingerechnet ist), während sie im Land NRW um rd. 4,9 % und im Regierungsbezirk Köln um rd. 2,9 % gestiegen ist. Die erhebliche Steigerung geht dabei ausschließlich auf die Stadt Aachen mit 13,39 % zurück, während die Altkreiskommunen eine Steigerung von 3,15 % aufweisen. Die nachstehende Grafik stellt die finanziellen Veränderungen für die StädteRegion Aachen dar:

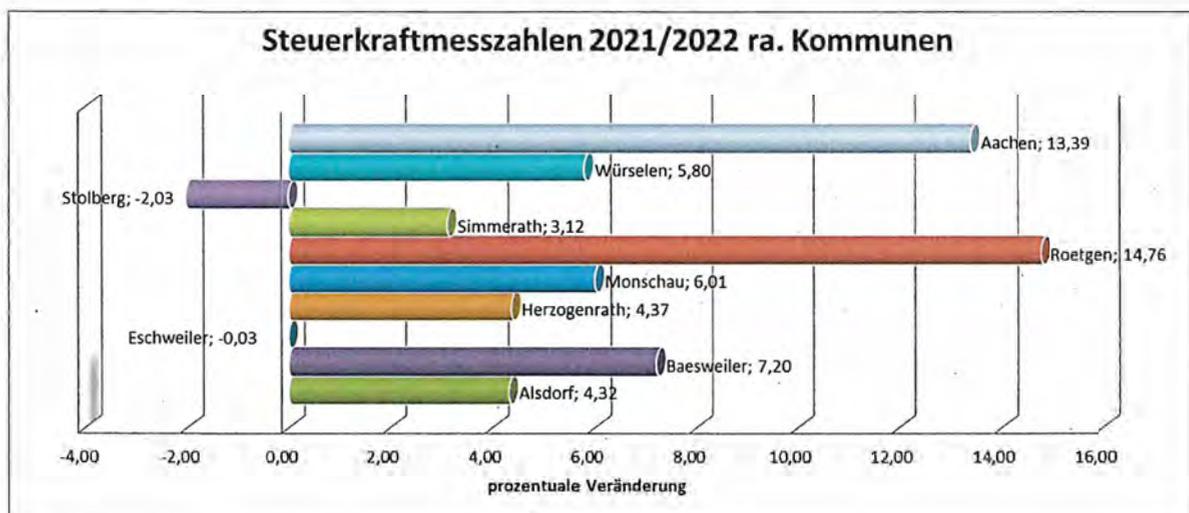
Steuerkraftmesszahlen (Arbeitskreisrechnung 2022)



Tabellarisch stellen sich die Steuerkraftmesszahlen wie folgt dar:

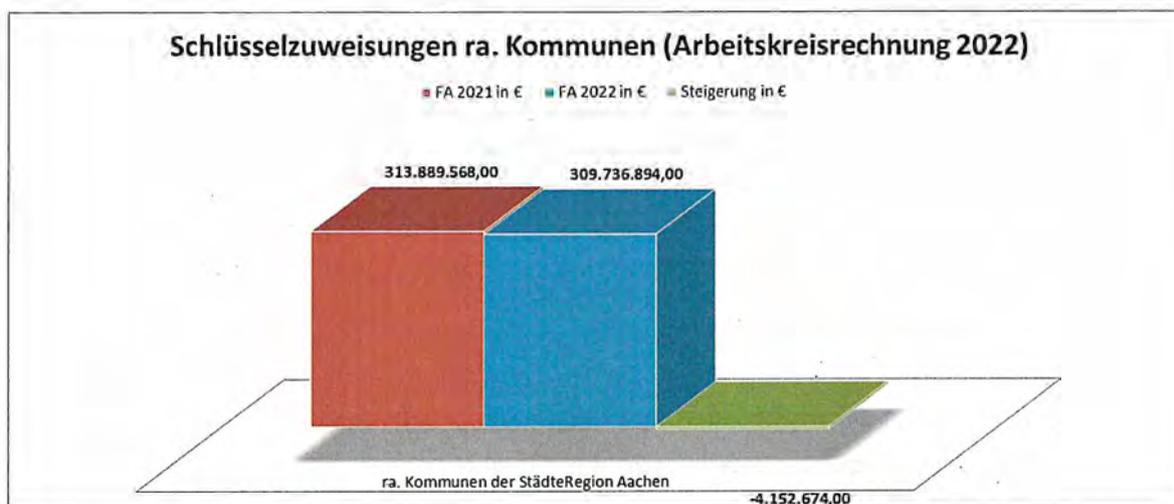
| Steuerkraftmesszahlen ka. Gemeinden (Arbeitskreisrechnung 2022) | | | | |
|---|----------------|----------------|-----------------|-----------------|
| | FA 2021 in € | FA 2022 in € | Steigerung in € | Steigerung in % |
| Land NRW | 14.570.594.291 | 15.285.610.143 | 715.015.852 | 4,91 |
| Reg.Bez. Köln | 3.660.288.463 | 3.765.584.903 | 105.296.440 | 2,88 |
| StädteRegion Aachen | 696.225.825 | 753.625.038 | 57.399.213 | 8,24 |
| davon Stadt Aachen | 346.597.378 | 393.000.664 | 46.403.286 | 13,39 |
| ehem. Kreis Aachen | 349.628.447 | 360.624.374 | 10.995.927 | 3,15 |

Ein Vergleich der Entwicklung bezogen auf die einzelnen Kommunen in der StädteRegion Aachen stellt dar, dass in den Kommunen eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Steuerkraft festzustellen ist. Während die Steuerkraft in den großen **Altkreiskommunen stagniert (Eschweiler) bzw. rückläufig ist (Stolberg)**, gibt es in den übrigen Kommunen teils deutliche Zuwächse zwischen 3,12 % (Simmerath) bis hin zu 14,76 % (Roetgen). In der Stadt Aachen ist ein erheblicher Zuwachs von 13,39 % zu verzeichnen:



2.1.2 Schlüsselzuweisungen

Die Schlüsselzuweisungen des Landes NRW an die regionsangehörigen Kommunen in der StädteRegion Aachen sinken im Vergleich zum Vorjahr um rund -4,15 Mio. € und umfassen ein Volumen von rund 309,7 Mio. €. Damit liegen sie um -1,32 % unter dem Niveau des Vorjahres, während es im Land NRW (+ 4,48 %) und im Regierungsbezirk (+ 7,22 %) deutliche Steigerungen gibt.

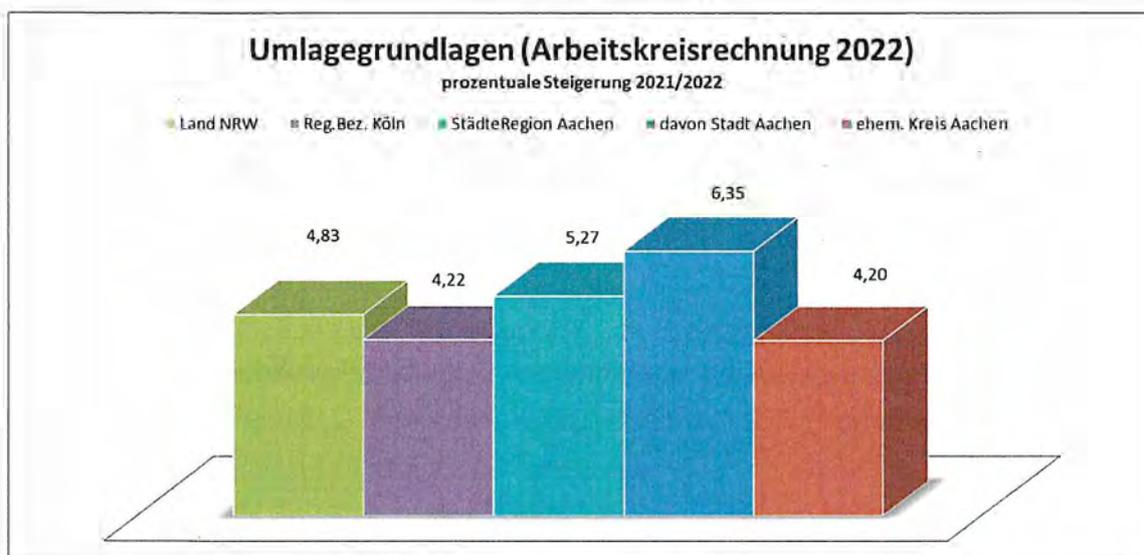


Die **Schlüsselzuweisungen an die ra. Kommunen** sinken insgesamt, allerdings ist bei den Altkreiskommunen ein Zuwachs von rd. 10,4 Mio. € zu verzeichnen. Dies ist u.a. ein Effekt aus der insgesamt unterdurchschnittlich gestiegenen Steuerkraft. Der Rückgang geht alleine auf das Konto der Stadt Aachen mit rd. -14,5 Mio. €. Dies ist im Finanzausgleichssystem eine direkte Folge der deutlich überdurchschnittlichen Steigerung der Steuerkraft bei der Stadt Aachen.

Die **Schlüsselzuweisungen an die StädteRegion** steigen von rd. 46,6 Mio. € in 2021 um rd. 2,64 Mio. € oder um rd. 5,67% auf rd. 49,24 Mio. € in 2022.

2.1.3 Umlagegrundlagen

Aufgrund der deutlich gestiegenen Steuerkraft und der – wenn auch insgesamt in geringerem Maße – gestiegenen Schlüsselzuweisungen der ra. Kommunen steigen nach dem System des GFG insgesamt die Umlagegrundlagen für die StädteRegion Aachen kräftig um rund 53,2 Mio. € auf rund 1.063,4 Mio. € (+ 5,27 %) an.



2.1.4 Orientierungsdaten

Der Orientierungsdatenerlass für die mittelfristige Ergebnisplanung 2021 bis 2024 wurde am 30.10.2020 zur Verfügung gestellt. Für die Steigerung der Umlagegrundlagen wurden Orientierungsdaten mit Datum vom 02.11.2020 zur Verfügung gestellt, diese wurden am 05.11.2020 in korrigierter Form neu übermittelt. Da für die Haushaltsplanung 2022 erst im Herbst 2021 mit neuen Orientierungsdaten zu rechnen ist, wurden mangels anderer belastbarer Erkenntnisse die Orientierungsdaten aus Herbst 2020 für 2023 und 2024 übernommen sowie für 2025 unverändert fortgeschrieben. Für das Jahr 2022 wurden die Ansätze individuell geplant bzw. für den Finanzausgleich wurden die Werte aus der Arbeitskreisrechnung vom 29.07.2021 berücksichtigt.

Demnach ergeben sich folgende Werte:

| Orientierungsdaten 2022–2025 | | | | |
|---|------|------|------|------|
| | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
| Personalaufwendungen | | 1,00 | 1,00 | 1,00 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1,00 | 1,00 | 1,00 |
| Sozialtransferaufwendungen | | 2,00 | 2,00 | 2,00 |
| Schlüsselzuweisungen | | 5,10 | 5,80 | 5,80 |
| Umlagegrundlagen Kreisumlagen | | 2,45 | 5,22 | 5,22 |
| Umlagegrundlagen LVR-Umlage | | 2,82 | 5,28 | 5,28 |

Für die Steigerung der Aufwendungen besagt der Orientierungsdatenerlass vom 30.10.2020:

„Aufgrund der Corona-Pandemie und der hiermit verbundenen außergewöhnlichen Umstände für die Aufgabenwahrnehmung der Gemeinden und Gemeindeverbände wird in

diesem Jahr darauf verzichtet, den Kommunen Orientierungs- bzw. Zielwerte für die Aufwendungen vorzugeben. Gleichwohl wird weiterhin auf die Notwendigkeit einer ressourcenschonenden kommunalen Finanzwirtschaft hingewiesen. Dies gilt insbesondere für haushaltssicherungspflichtige Kommunen. In Anbetracht der negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf die kommunalen Haushalte und trotz der zwischenzeitlich von Bund und Land beschlossenen umfassenden Entlastungsmaßnahmen, stehen zahlreiche Kommunen unter einem erheblichen Konsolidierungsdruck. Um den Haushalt dauerhaft aus eigener Kraft ausgleichen zu können, ist es erforderlich, bei den Aufwendungen nur geringe Zuwachsraten zuzulassen. Dies gilt insbesondere auch für die Personal- und Sachaufwendungen der Kommunen.“

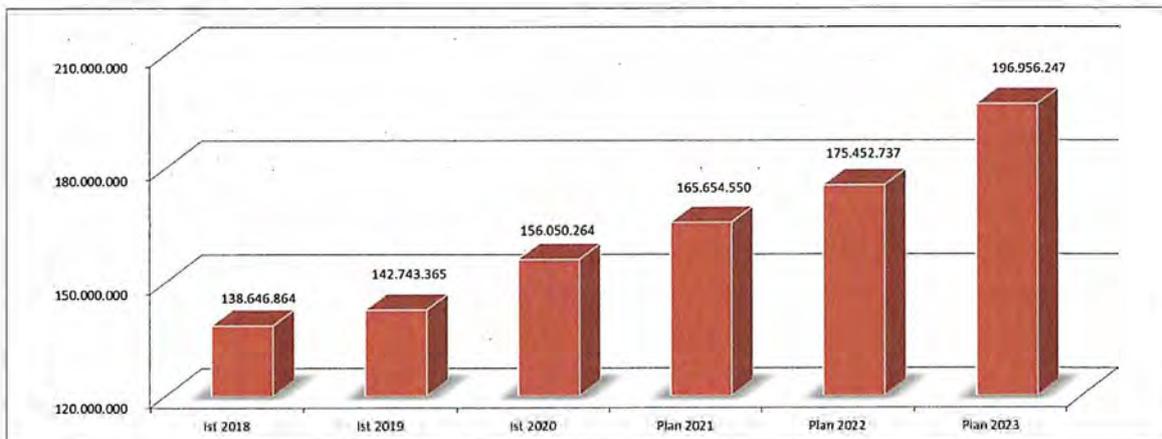
Die StädteRegion hat sich daher entschlossen, die (moderaten) Steigerungsraten der vorjährigen Orientierungsdatenerlasses für Aufwendungen wie vor unverändert fortzuschreiben.

2.1.5 Landschaftsumlage

Die verbesserten Umlagegrundlagen, wie auch die im Rahmen des Benehmensverfahrens zum Doppelhaushalt 2022/2023 des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) angekündigte Erhöhung des Umlagesatzes von 15,7 % in 2021 auf 15,8 % in 2022 und auf 17,25 % ab 2023 schlagen in vollem Umfang auf die Umlage des LVR durch und führen zu einer deutlich höheren Zahllast für die StädteRegion Aachen. Die Steigerung gegenüber dem Ansatz 2021 beträgt rd. 9,8 Mio. € oder rd. 5,91 %. Für 2023 wird die angenommene weitere Steigerung bei deutlich mehr als 20 Mio. € bzw. deutlich mehr als 12 % liegen.

Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Landschaftsumlage sind die Umlagegrundlagen für die Regionsumlage zuzüglich der Schlüsselzuweisungen an die Städtereion sowie (letztmals) die Einheitslastenabrechnung aus der Referenzperiode für die StädteRegion Aachen.

Die nachfolgende Grafik stellt die Entwicklung der Landschaftsumlage ab dem Jahr 2018 dar:



Über den relativ kurzen Zeitraum von 2018 bis 2023 ist eine exorbitante Steigerung von deutlich mehr als 40 % erkennen. In der Höhe der Umlageverpflichtungen ist die StädteRegion Aachen fremdbestimmt und Konsolidierungspotenzial lässt sich hier nicht heben. Dennoch wird die StädteRegion die angekündigte erhebliche Steigerung für 2023 auf einen Umlagesatz von 17,25 % nicht unwidersprochen hinnehmen und hat dazu deutlich im Rahmen des Benehmensverfahrens Stellung bezogen.

2.1.6 Einheitslastenabrechnungsgesetz

Die Einheitslastenabrechnung entfällt ab dem Jahr 2022, der bisherige Ansatz von zuletzt rd. 2,1 Mio. € in 2021 konnte somit gestrichen werden.

2.1.7 Finanzierungsregelung Stadt Aachen

Wesentlicher Grundpfeiler bei der Bildung der StädteRegion und der Übertragung der Aufgaben von der Stadt Aachen war die Sicherstellung der Finanzneutralität. Im Doppelhaushalt 2015/2016 war dazu ein Ausgleichsbetrag von der Stadt Aachen an die StädteRegion in Höhe von 4 Mio. € eingeplant. Dieser beruhte auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Erfahrungswerten der Vorjahre. In 2015 und 2016 hat sich aber herausgestellt, dass auf Basis der Finanzierungsregelungen im Gegenteil ein erheblicher Betrag in einer Größenordnung von 11 bis 12 Mio. € von der StädteRegion an die Stadt Aachen zu leisten war.

Für 2017 konnte dieser Ausgleichsbetrag erstmals detailliert ermittelt und mit 23 Mio. € veranschlagt werden. Für 2018 war ein Ausgleichsbetrag von rd. 17,5 Mio. € ermittelt worden. Auf Grundlage der Erkenntnis, dass dies dauerhaft nicht zielführend ist, wurde ab dem Jahr 2019 eine differenzierte Umlage für die Stadt Aachen entsprechend § 56 Abs. 4 der Kreisordnung NRW eingeführt.

Basis für die Zuordnung der Aufwendungen und Erträge und der Ermittlung des durch die Bildung der StädteRegion ausgelösten Finanzbedarfs der Stadt Aachen ist die im Jahre 2015 von allen Beteiligten (Bürgermeisterkonferenz, Stadtrat der Stadt Aachen, Städteregionstag) beschlossene ergänzende Vereinbarung, die detaillierte Finanzierungsregelungen für alle übertragenen Aufgabenbereiche festlegt, vgl. nachfolgend Ziff. 2.3. Die Überarbeitung und Fortschreibung der Finanzierungsregelungen im Jahr 2021 hatte zum Ergebnis, dass die Stadt Aachen sich einerseits an zusätzlichen Aufgabenbereichen (Büro Städteregionstag, Auszubildende und Personalrat) gegenüber der bisherigen Regelung beteiligt (Ziff. 4 der hierzu abgeschlossenen Vereinbarung). Dies macht seit dem Haushalt 2021 einen Betrag von rd. 1,2 Mio. € aus. Die Fortschreibung der bestehenden Finanzierungsregelungen (Ziff. 3 der hierzu abgeschlossenen Vereinbarung, z.B. neue Schlüssel für die Kostenteilung) machte weitere rd. 1,19 Mio. € aus und wurde zwischenzeitlich vom Stadtrat der Stadt Aachen, vom Städteregionstag sowie von einigen der Räte der Altkreiskommunen beschlossen, die noch ausstehenden Beschlüsse sollen in Kürze erfolgen. Als Anlage 2 ist auf dieser Basis die Berechnung der diff. Regionsumlage 2022 für die Stadt Aachen beigefügt. Für das Jahr 2022 steht die turnusmäßige Überprüfung der Abrechnungsparameter an.

2.1.8 Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personalaufwendungen stellen sich nach dem neuen Personalbewirtschaftungskonzept für die Jahre 2022 bis 2027 für die Haushaltsplanung 2022 wie folgt dar:

| Personal- und Versorgungsaufwendungen 2021 / 2022 | | | | | | |
|--|--------------------|------------------------------|------------------------------------|--------------------|-----------------------------|--------------|
| Bezeichnung | Ansatz 2021 | Budgetbericht zum 30.06.2021 | PBK*-Ansatz 2022 incl. Mehrbedarfe | Ansatz 2022 | Veränderung zum Ansatz 2021 | In % |
| Personal-/Versorgungsaufwand gesamt brutto | 120.305.732 | 119.437.107 | 125.452.724 | 125.187.908 | 4.882.176 | 4,06 |
| davon Job-Center | 22.100.000 | 21.500.000 | 22.800.000 | 22.800.000 | 700.000 | +3,17 |
| davon Kindertageseinrichtungen | 16.769.338 | 16.577.605 | 17.450.710 | 17.450.710 | 681.372 | +4,06 |
| davon Versorgungsamt | 1.486.919 | 1.500.334 | 1.564.288 | 1.564.288 | 77.369 | +5,20 |
| Personal-/Versorgungsaufwand gesamt netto | 79.949.475 | 79.859.168 | 83.637.726 | 83.372.910 | 3.423.435 | +4,28 |
| vom Mehrbedarf drittfinanziert | | | -1.849.778 | -1.849.778 | -1.849.778 | |
| verbleibende Veränderung innerhalb des PBK | 79.949.475 | 79.859.168 | 81.787.948 | 81.523.132 | 1.573.657 | +1,97 |
| Sonstige Personalaufwendungen (Beschäftigungsentgelte pp.) | 1.569.532 | 1.569.532 | | 1.097.263 | -472.269 | |
| Personalaufwendungen Rückstellungen | 12.110.284 | 12.110.284 | | 12.775.523 | 665.239 | |
| Versorgungsaufwendungen Rückstellungen | 1.338.502 | 1.338.502 | | 1.828.167 | 489.665 | |
| Gesamtsumme Personal- und Versorgungsaufwendungen | 135.324.050 | 134.455.425 | | 140.888.861 | 5.564.811 | +4,11 |
| nachrichtlich: Erträge aus der Auflösung von Personalarückstellungen | 3.732.093 | | | 3.918.698 | 186.605 | |
| nachrichtlich: Abtretung von Forderungen im Zusammenhang mit Pensionsrückstellungen (Sachkosten) | 987.007 | | | 1.312.564 | 325.557 | |

* einschl. der vom SRA/SRT beschlossenen Mehrbedarfe laut Personalbewirtschaftungskonzept (PBK)

Lässt man die Personal- und Versorgungsaufwendungen der gemeinsamen Einrichtung (Job-Center) und der Kindertageseinrichtungen (wie vom SRT als Grundsatz beschlossen) sowie das Versorgungsamt außer Betracht, ergibt sich damit eine Erhöhung der Aufwendungen um 4,28 %. Unter Berücksichtigung der Drittfinanzierung von zusätzlichen Stellen (z.B. 29,4 voll finanzierte Stellen nach dem ÖGD-Pakt) in einem Umfang von rd. 1,8 Mio. € ergibt sich eine bereinigte Steigerung der Personalaufwendungen innerhalb des vom neuen Personalbewirtschaftungskonzept umfassten Bereichs von +1,97 %.

Der im Haushalt veranschlagte Personal- und Versorgungsaufwand für das Jahr 2021 ohne Berücksichtigung der gemeinsamen Einrichtung (JC) und ohne KiTa's und Versorgungsamt belief sich auf 79.949.475 €. Im Rahmen des Personalbewirtschaftungskonzeptes 2015 - 2021 sowie auch des neuen Personalbewirtschaftungskonzeptes 2022 - 2027 hat der Städteregionstag/-ausschuss im Einzelnen über die erforderlichen Mehrbedarfe beschlossen (für 2022 durch den SRA am 17.06.2021 mit SV 2021/0356). In Summe sind im Stellenplan 2022 für die vom SRA am 17.06.2021 beschlossenen Mehrbedarfe insgesamt Stellen im Umfang von 21,5 VZÄ einzurichten. Die Mehrbedarfe waren in manchen Fällen nur anteilig zu berücksichtigen oder auch befristet und wurden daher zunächst entsprechend fortgeschrieben bzw. in Abzug gebracht mit einem resultierenden Betrag von 83.637.726 €. Dieser Rahmen wurde mit dem veranschlagten Betrag von 83.372.910 € nicht vollständig ausgeschöpft. In den Ansätzen sind die vorhersehbaren Tarif- und Besoldungssteigerungen enthalten.

2.1.9 Zuschussbedarf im Bereich der Sozialleistungen

Im Budget „Sozialleistungen“ ist für das Haushaltsjahr 2022 im Saldo mit einem Zuschussbedarf von rund 128,5 Mio. € (ohne Verwaltung und sonstige Bereiche) und damit einer Belastung der Regionsumlage (anteilig Stadt Aachen über differenzierte Umlage bzw. Altkreis Aachen über Allgemeine Regionsumlage) um diesen Betrag zu rechnen. Im Verhältnis zum Haushaltsansatz 2021 ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von rund 382 T€. Ursächlich dafür ist insbesondere die wieder in voller Höhe auf der Kreisebene ankommende KdU-Erstattung aus dem sog. „5-Mrd.-Paket“. Dies geschieht leider zu Lasten der Erstattung der Flüchtlings-KdU, die bis Ende 2021 befristet ist und damit nicht mehr zu einer Überschreitung der neuen „74%-Grenze“ aus Art. 104a GG führt.

| Sozialleistungen HH 2022 zu 2021 | | | | |
|---|---------------------|---|---------------------|-----------------------------|
| | HH-Ansatz 2021 | Prognose i. Budget- bericht 2021 | HH-Ansatz 2022 | Veränderung 2022 zu 2021 |
| Leistungen nach dem SGB XII und APG NRW sowie SGB IX | -83.935.207 | -83.584.024 | -84.968.929 | -1.033.722 |
| Leistungen nach dem SGB II | -44.902.000 | -40.876.508 | -43.437.000 | 1.465.000 |
| Besondere soziale Leistungen (Bildung und Teilhabe) | -50.000 | -50.000 | -100.000 | -50.000 |
| Sozialleistungen insgesamt | -128.887.207 | -124.510.532 | -128.505.929 | 381.278 |
| nicht in vorstehenden Beträgen enthalten: | | | | |
| Verwaltung SGB XII (950100) | -4.563.883 | -4.724.630 | -4.451.219 | 112.664 |
| Verwaltung SGB II (950300 950301) | -8.365.360 | -7.912.025 | -8.905.991 | -540.631 |
| Verwaltung Besondere Soziale Leistungen (950400) | -1.758.090 | -1.817.106 | -1.678.455 | 79.635 |
| BAFöG-Leistungen | -518.584 | -518.094 | -524.636 | -6.052 |
| Aufgaben nach dem WTG / Beratung Landespflegegesetz | -1.085.363 | -1.027.190 | -1.084.249 | 1.114 |
| Summe weitere Produkte | -16.291.280 | -15.999.045 | -16.644.550 | -353.270 |
| Gesamtsumme A 50 | -145.178.487 | -140.509.577 | -145.150.479 | 28.008 |
| nachrichtlich: | | | | |
| Kosten der Unterkunft (KdU) SK 546101 TP 950310 | 130.000.000 | 126.000.000 | 128.000.000 | -2.000.000 |
| Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft (KdU) | 77.318.000 | 76.948.000 | 78.848.000 | 1.530.000 |
| Kosten der Grundsicherung TP 950110 | 67.803.000 | 67.813.000 | 70.001.000 | 2.198.000 |
| Bundesbet. Grundsicherung SK 449603, TP 950110 | 66.747.000 | 66.722.000 | 68.944.000 | 2.197.000 |
| Der in 2022 verringerte Zuschussbedarf im SGB II liegt an dem wieder in voller Höhe von 10,2 % der KdU-Aufwendungen gewährten Anteil am sog. "5-Mrd.-Paket", was aber nur deswegen passiert, weil durch den Wegfall der Erstattung der flüchtlingsbedingten KdU es nicht zum sog. "Überlaufmechanismus" nach Art. 104 a Grundgesetz kommt. Beim SGB XII ergibt sich in 2022 eine einmalige Verbesserung bei der Hilfe zur Pflege aufgrund des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes. | | | | |

Im Verhältnis zum Ansatz 2021 sind die Veränderungen der Zuschussbedarfe moderat. Dies liegt allerdings an der schon beschriebenen Erhöhung der KdU-Bundeserstattung zu Lasten der Erstattung der Flüchtlings-KdU und an einem Einmaleffekt in der Hilfe zur Pflege. Hier kommt es einmalig in 2022 durch die verschiedenen Zeitpunkte des Inkrafttretens der Regelungen aus dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz zu einer Reduzierung des Aufwands um 1,3 Mio. € anstelle der eigentlich erforderlichen Steigerung um 4 Mio. €. Coronabedingte Anteile sind planerisch in 2022 an dieser Stelle nicht mehr zu berücksichtigen.

Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung liegt bei 100 % der Nettoaufwendungen des Vorvorjahres.

2.1.10 Besondere Mehrbedarfe

An verschiedenen Stellen des Haushaltsentwurfs 2022 kommt es zu Mehrbedarfen, auf die nachfolgend kurz eingegangen wird. Diese dienen zur Erläuterung des Mehrbedarfs, der sich in 2022 nach der beigefügten Übersicht in den Dezernatsbudgets auf rd. 291,3 Mio. € gegenüber rd. 284,1 Mio. € in 2021 mit + 7,2 Mio. € ergibt.

In dem Mehrbedarf sind u.a. die erhöhten Anteile an den differenzierten Umlagen Stadt Aachen, Jugendamt und ÖPNV enthalten, die sich auf rd. 2,8 Mio. € belaufen, so dass der verbleibende Mehrbedarf bei rd. +4,4 Mio. € liegt.

a) Digitalisierung

Nicht zuletzt ausgelöst durch Corona einerseits sowie durch die Digitalisierungsoffensive des Landes für die Schulen andererseits (Digitalpakt) hat sich eine erhebliche Dynamik im IT-Bereich entwickelt, die einhergeht mit erhöhten Aufwendungen für Hard- und Software, für die Bereitstellung von Übertragungskapazitäten und für den Support.

Zusätzliche Heimarbeitsplätze, Videokonferenzlösungen, Tablets für die Schüler pp. bringen einen deutlich erhöhten Aufwand mit sich, der sich im Haushaltsentwurf 2022 mit rd. +0,4 Mio. € in der Allgemeinen Verwaltung und mit rd. +2,3 Mio. € in den Schulen niederschlägt.

b) Gewinnausschüttung der Sparkasse

Der Gewinnrückgang der Sparkasse und damit die zu erwartende verringerte Gewinnausschüttung können nicht mehr auf Corona zurückgeführt und damit nicht mehr isoliert werden, da sie – anders als noch im Vorjahr – Folge der gesunkenen Zinsmarge sind. Es werden daher für den Altkreis anteilig „nur noch“ 6 Mio. € anstatt 6,9 Mio. € veranschlagt. Unter Berücksichtigung des 1/8-Anteils der Stadt Eschweiler an dem Unterschiedsbetrag von 0,9 Mio. € ergibt sich daraus eine Netto-Verschlechterung für den Haushalt 2022 von knapp 0,8 Mio. €.

c) Mehraufwand Leitstelle

In der Leitstelle kommt es zu einem erheblichen Mehraufwand, u.a. bedingt durch Aufschaltungen des Notrufs regionsangehöriger Kommunen. Da der Aufwand der Leitstelle nur zu ca. 2/3 durch Rettungsdienstgebühren gedeckt ist und im Übrigen aus den Bereichen Katastrophenschutz und Feuerschutz zu finanzieren ist, kommt es hier zu einem anteiligen Mehraufwand von rd. 0,4 Mio. €.

d) Verschiedene Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden

Die jährlich in unterschiedlicher Höhe je nach akutem Bedarf veranschlagten Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden lagen in 2021 ungewöhnlich niedrig bei rd. 0,1 Mio. €. In 2022 sind hierfür rd. 0,6 Mio. € veranschlagt, der Mehrbedarf liegt somit bei rd. 0,5 Mio. €.

2.2 Berechnung der allgemeinen Regionsumlage

Auf Basis der zuvor dargestellten Planungsgrundlagen und den entsprechenden Veränderungen in den Budgets ist beabsichtigt, den **Hebesatz der allgemeinen Regionsumlage**

mit 37,9 %

anzusetzen. Dies ist nur deshalb möglich, weil die Verwaltung beabsichtigt der Politik vorzuschlagen, den sich aus der Haushaltsplanung ergebenden **Fehlbedarf von rd. – 4,1 Mio. €** durch die **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** zu decken.

Die Zahllast der Altkreiskommunen für die allgemeine Regionsumlage steigt dennoch aufgrund der deutlich höheren Umlagegrundlagen von bisher rund 194,7 Mio. € um rund 6,1 Mio. € auf rund 200,8 Mio. €, die zur Deckung des HH 2022 erforderlich sind, damit die StädteRegion ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann.

Für die Altkreiskommunen ergibt sich folgende Verteilung:

| Allgemeine Regionsumlage 2021 / 2022 | | | | | |
|--------------------------------------|-----------------------|-------------------------|-----------------------|---|---------------------|
| Stadt/ Gemeinde | Umlagegrundlagen 2021 | Regionsumlage 38,3 % | Umlagegrundlagen 2022 | Regionsumlage 37,9 % | Differenz 2021/2022 |
| Alsdorf | 84.009.012,02 | 32.175.452,00 | 87.600.907,68 | 33.200.744,00 | 1.025.292,00 |
| Baesweiler | 39.601.598,74 | 15.167.412,00 | 41.428.772,24 | 15.701.505,00 | 534.093,00 |
| Eschweiler | 100.637.341,13 | 38.544.102,00 | 104.079.543,38 | 39.446.147,00 | 902.045,00 |
| Herzogenrath | 73.419.330,01 | 28.119.603,00 | 75.825.101,99 | 28.737.714,00 | 618.111,00 |
| Monschau | 15.533.039,07 | 5.949.154,00 | 16.315.061,81 | 6.183.408,00 | 234.254,00 |
| Roetgen | 10.607.215,79 | 4.062.564,00 | 12.172.933,81 | 4.613.542,00 | 550.978,00 |
| Simmerath | 20.660.713,36 | 7.913.053,00 | 21.733.607,68 | 8.237.037,00 | 323.984,00 |
| Stolberg | 101.900.928,92 | 39.028.056,00 | 106.410.148,05 | 40.329.446,00 | 1.301.390,00 |
| Würselen | 61.978.512,31 | 23.737.770,00 | 64.143.765,60 | 24.310.487,00 | 572.717,00 |
| Summe | 508.347.691,36 | 194.697.166,00 | 529.709.842,24 | 200.760.030,00 | 6.062.864,00 |
| | | | | Fehlbedarf = Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage rd. 4,1 Mio. € | |

2.3 Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung Stadt Aachen

Mit Schreiben vom 04.05.2018 des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG) wird festgelegt, dass ab dem Haushaltsjahr 2019 die Festsetzung einer differenzierten Städtereionsumlage entsprechend der Regelung des § 56 Absatz 4 Kreisordnung NRW (KrO) vorgenommen werden kann, welche die besonderen Finanzbeziehungen beider Parteien (StädteRegion und Stadt Aachen) ausreichend berücksichtigt.

Die Festsetzung einer differenzierten Regionsumlage für die Abrechnung bedarf – entsprechend § 56 Absatz 2 KrO – wie auch bei den anderen Umlagen, der Genehmigung der Bezirksregierung Köln.

Auf Basis der vorstehenden Planungsgrundlagen und der endabgestimmten Abrechnungsschlüssel ist der Umlagesatz der differenzierten Städtereionsumlage „Abrechnung Stadt Aachen“ auf 33,4898 % (gegenüber 34,3420 % im Jahr 2021) berechnet worden. Für die Stadt Aachen ergibt sich entsprechend der beigefügten Aufstellung (Anlage 2) eine Zahllast von rund 178,7 Mio. Euro.

2.4 Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung Jugendhilfe

Der Hebesatz für die differenzierte Jugendamtsumlage soll trotz des Mehrbedarfs von gut 1 Mio. € von bisher 26,7678 % auf 26,3550 % gesenkt werden, weil die Umlagegrundlagen stärker gestiegen sind als der Zuschussbedarf. Der erhöhte Bedarf von gut 1 Mio. € gegenüber 2021 ist fast ausschließlich auf das Produkt 060301 „Kindertagesbetreuung“ mit rd. 954 T€ Steigerung zurückzuführen. Die nachstehende Grafik stellt die Zahlen im Einzelnen dar:

| diff. Umlage Jugendamt 2022 | Summe | Baesweiler | Monschau | Roetgen | Simmerath |
|---|----------------|----------------|---------------|---------------|---------------|
| Zu erwartender Zuschussbedarf | -24.154.478 | -10.918.563 | -4.299.838 | -3.208.180 | -5.727.897 |
| Umlagegrundlagen | 91.650.376 | 41.428.772 | 16.315.062 | 12.172.934 | 21.733.608 |
| Umlagesatz | 26,3550% | 26,3550% | 26,3550% | 26,3550% | 26,3550% |
| Abrechnungsbetrag aus 2020 in 2022 von den Kommunen zu erstatten | -1.917.735,84 | -887.753,02 | -347.723,26 | -236.787,04 | -445.472,52 |
| Zahllast 2022 gesamt | -26.072.213,84 | -11.806.315,67 | -4.647.561,63 | -3.444.966,61 | -6.173.369,93 |

Die weitere Entwicklung sieht Umlagebedarfe von

- 24.396.025 € entsprechend 25,9820 % für 2023,
- 24.639.990 € entsprechend 24,9400 % für 2024 und
- 24.886.390 € entsprechend 23,9397 % für 2025 vor.

Aus dem Entwurf des Jahresabschlusses 2020 ergibt sich ein Spitzabrechnungsbetrag zulasten der Jugendamtskommunen i.H.v. rd. -1.918 T€.

2.5 Berechnung der Regionsumlage Mehrbelastung ÖPNV

Für das Jahr 2022 ist entsprechend der mittelfristigen Vorausschau des Zweckverbandes AVV (Verbandsversammlung vom 27.11.2020) von einer anteiligen Verbandsumlage in Höhe von 17,358 Mio. € auszugehen. Hierauf wird die Nahverkehrspauschale in Höhe von 100 T€ angerechnet.

Hinzu kommen die auf die Altkreiskommunen entfallenden Kosten der Machbarkeitsstudie sowie des Kommunikationskonzeptes für die RegioTram von 87.500 €.

Danach ergeben sich für die regionsangehörigen Städte und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) die nachfolgend dargestellten Umlagen.

| Mehrbelastung ÖPNV 2021 / 2022 | | | | | | | | | |
|--------------------------------|-----------------------|---------|-------------------|-----------------------|---------|-------------------|---------------------|---------------------------------------|----------------------|
| Stadt/ Gemeinde | Umlagegrundlagen 2021 | Satz | ÖPNV-Umlage 2021 | Umlagegrundlagen 2022 | Satz | ÖPNV-Umlage 2022 | Differenz 2021/2022 | Abrechnungsbetrag an St./Gd. für 2020 | Zahllast 2022 |
| Alsdorf | 84.009.012 | 2,6148% | 2.196.649 | 87.600.908 | 2,6335% | 2.306.991 | 110.342 | 102.967,24 | 2.204.023,76 |
| Baesweiler | 39.601.599 | 2,1570% | 854.196 | 41.428.772 | 2,1654% | 897.104 | 42.908 | 39.544,35 | 857.559,65 |
| Eschweiler | 100.637.341 | 2,9364% | 2.955.079 | 104.079.543 | 2,9819% | 3.103.519 | 148.440 | 139.819,16 | 2.963.699,84 |
| Herzogenrath | 73.419.330 | 3,7784% | 2.774.073 | 75.825.102 | 3,8423% | 2.913.421 | 139.347 | 132.326,11 | 2.781.094,89 |
| Monschau | 15.533.039 | 4,6051% | 715.307 | 16.315.062 | 4,6046% | 751.239 | 35.931 | 34.832,74 | 716.406,26 |
| Roetgen | 10.607.216 | 6,7165% | 712.430 | 12.172.934 | 6,1466% | 748.216 | 35.787 | 34.005,04 | 714.210,96 |
| Simmerath | 20.660.713 | 4,4755% | 924.666 | 21.733.608 | 4,4683% | 971.113 | 46.448 | 40.514,65 | 930.598,35 |
| Stolberg | 101.900.929 | 3,6607% | 3.730.300 | 106.410.148 | 3,6817% | 3.917.680 | 187.380 | 176.982,18 | 3.740.697,82 |
| Würselen | 61.978.512 | 2,6673% | 1.653.175 | 64.143.766 | 2,7058% | 1.736.217 | 83.042 | 77.394,67 | 1.658.822,33 |
| Insgesamt | 508.347.691 | | 16.515.875 | 529.709.842 | | 17.345.500 | 829.625 | 778.386,14 | 16.567.113,86 |

Für die vorstehende Berechnung wurden die vorjährigen Verteilungsschlüssel zugrunde gelegt, da die aktuellen Verteilschlüssel aus dem Sommer 2021 noch nicht vorliegen. Der weitere Umlagebedarf ergibt sich aus der nachstehenden Aufstellung:

| Mittelfristige Vorausschau für die Jahre 2021 - 2025 Betriebszweig Bus Zahlungen der Gebietskörperschaften an den Zweckverband AVV | | | | | |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | 2021 € | 2022 € | 2023 € | 2024 € | 2025 € |
| Verbandsumlagen | | | | | |
| • von der Stadt Aachen | 24.471.000 | 21.475.000 | 21.339.000 | 20.685.000 | 19.780.000 |
| • von der StädteRegion Aachen | 16.469.000 | 17.358.000 | 17.279.000 | 16.810.000 | 16.152.000 |
| • vom Kreis Düren | 11.449.000 | 11.581.000 | 11.798.000 | 12.009.000 | 12.217.000 |
| • vom Kreis Heinsberg | 14.793.000 | 15.514.000 | 16.287.000 | 17.428.000 | 18.826.000 |
| | 67.182.000 | 65.928.000 | 66.703.000 | 66.932.000 | 66.975.000 |
| Unter Berücksichtigung der anrechenbaren Nahverkehrspauschale von | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 |
| ergibt sich für die StädteRegion Aachen eine AVV-Umlage in Höhe von | 16.369.000 | 17.258.000 | 17.179.000 | 16.710.000 | 16.052.000 |
| Für die Machbarkeitsstudie und das Kommunikationskonzept der Regio-Tram kommen hinzu | 146.875 | 87.500 | 0 | 0 | 0 |
| so dass sich für die StädteRegion Aachen folgende gesamte AVV-Umlage ergibt | 16.515.875 | 17.345.500 | 17.179.000 | 16.710.000 | 16.052.000 |

Aus dem Jahr 2020 ergibt sich eine Spitzabrechnung zugunsten der Kommunen von insgesamt 778.386,14 €, die in 2022 zur Auszahlung kommt.

3. Ausblick auf die Folgejahre (mittelfristige Planung 2023 bis 2025)

Für die Jahre 2023 bis 2025 ergibt sich nach der als Anlage 1 beigefügten Übersicht eine **mit deutlichen Risiken verbundene Einschätzung** hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Umlagesatzes. Ziel ist die Stabilisierung des Umlagesatzes auf dem Niveau von 38,5% für die Jahre 2023 (mit einer weiteren notwendigen erheblichen Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von knapp 10 Mio. €), 2024 (mit einer weiteren Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von rd. 6,2 Mio. €) sowie 2025 (mit einer Inanspruchnahme von rd. 2,4 Mio. €). Berücksichtigt sind dabei in der Planung in 2023 bis 2025 deutlich steigende Umlagegrundlagen entsprechend der vorjährigen Orientierungsdaten ebenso wie kräftige Steigerungen der Schlüsselzuweisungen. Andererseits berücksichtigt diese Planung

entsprechend der fortgeschriebenen Orientierungsdaten 2020 maßvolle Anhebungen bei den Personalaufwendungen (+ 1 %) und bei den Sozialhilfeaufwendungen (+ 2 %). Wenn sich diese Annahmen bewahrheiten, die insbesondere von einer kräftigen Erholung in der Nach-Corona-Phase ausgehen, Wenn die noch nicht etatisierten Folgen der Hochwasserkatastrophe vollständig oder weitestgehend ohne zusätzliche Haushaltsbelastung (aufgrund erhoffter Fördermittel von EU, Bund oder Land) bewältigt werden können und wenn keine anderweitigen Belastungen hinzukommen, die jetzt noch nicht absehbar sind, wäre die dargestellte Entwicklung der Umlagesätze in 2022 mit 37,9 % und ab 2023 mit konstant 38,5 % realisierbar. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist dabei der Umlagesatz der Landschaftsumlage, der zunächst mit 15,8 % für 2022 und mit 17,25 % ab 2023 entsprechend der Ankündigung im Benehmensverfahren des LVR eingeplant wurde.

Als Anlage 1 beigefügt ist die zusammenfassende Übersicht über die Haushalts- und Finanzplanung der Jahre 2020 bis 2025.

4. Weitere Zeitplanung

Für das weitere Verfahren sind folgende Termine vorgesehen:

| | |
|--|-------------------------|
| Frist zur Stellungnahme | 16.09.2021 |
| Feststellung des Haushaltsentwurfs | 17.09.2021 |
| Bekanntmachung im Amtl. Mitteilungsblatt | 20.09.2021 |
| Auslegung des Haushaltsentwurfs | 29.09.2021 – 09.12.2021 |
| Einbringung im Städteregionstag | 29.09.2021 |
| 1. Beratung im Städteregionsausschuss (mit Gelegenheit zur Stellungnahme der ra. Kommunen) | 18.11.2021 |
| 2. Beratung im Städteregionsausschuss | 02.12.2021 |
| Beschlussfassung im Städteregionstag | 09.12.2021 |

5. Schlussbemerkung

Die Rücksichtnahme auf die schwierige Haushaltslage der regionsangehörigen Kommunen führte in den Jahren 2010 bis 2014 zum vollständigen Einsatz der Ausgleichsrücklage von insgesamt 57,4 Mio. €, um die Regionsumlage kommunalfreundlich zu gestalten. Mit dem vorliegenden Vorschlag für den Haushalt 2022 wird dieser Kurs konsequent fortgesetzt. Die positiven Jahresabschlüsse 2018 (Überschuss: rd. 2,4 Mio. €) und 2019 (Überschuss: rd. 0,6 Mio. €) und 2020 (Überschuss: rd. 16,1 Mio. €) führen dazu, dass entgegen der bisherigen Planung über 2023 hinaus Mittel in der Ausgleichsrücklage verbleiben. Diese werden, unter Berücksichtigung des geplanten und voraussichtlich auch tatsächlichen Einsatzes mit rd. 5,4 Mio. € in 2021, mit rd. 4,1 Mio. € in 2022, mit rd. 10 Mio. € in 2023, mit rd. 6,2 Mio. € in 2024 und mit rd. 2,4 Mio. € in 2025 eingesetzt, um die Umlage – trotz der noch schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen aufgrund der Pandemie, der Hochwasserkatastrophe und der erheblichen Zusatzbelastungen aus der Landschaftsumlage – auf einem erträglichen und konstanten Wert von 38,5% halten zu können. Die Senkung des

Umlagesatzes für 2022 ist trotz der voraussichtlichen Steigerung des Umlagesatzes des LVR von 15,7 % in 2021 auf 15,8 % in 2022 und – aufgrund der deutlich steigenden Umlagegrundlagen – einer daraus resultierenden Erhöhung der Zahllast um rd. 9,8 Mio. € möglich, weil das Land NRW, wie in 2021, erneut eine Aufstockung der Schlüsselmasse und damit eine deutliche Steigerung der Schlüsselzuweisungen vorgenommen hat und weil darüber hinaus die steigenden Umlagegrundlagen auch bei einem geringeren Umlagesatz zu höheren absoluten Regionsumlagebeträgen führen. Hinzu kommt der Einsatz der Ausgleichsrücklage in der Größenordnung von gut 4 Mio. €, die bereits in der Mittelfristplanung des Haushalts 2021 für das Jahr 2022 vorgesehen war.

Damit erhalten die regionsangehörigen Kommunen bereits jetzt Planungssicherheit – immer unter der Einschränkung, dass sich wesentliche Parameter nicht abweichend entwickeln – mit einem für 2022 abgesenkten und dann nach moderater Steigerung stabilen Umlagesatz für 2023 bis 2025.

Neben den Unsicherheitsfaktoren, die sich aus der Prognose der Steuerkraft in der Nach-Corona-Phase sowie aus den Folgen der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe ergeben, wird die Frage, wie der bevorstehende Strukturwandel in der Region bewältigt werden kann, ebenfalls weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die weitere Haushaltsentwicklung haben.

Anlagen

Zusammenfassung und mittelfristige Planung (Anlage 1)

Differenzierte Umlage „Abrechnung Stadt AC“ (Anlage 2)

Entwicklung der Ausgleichsrücklage (Anlage 3)

| Haushalts-/Finanzplanung 2022 - 2025 | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------------------|---------|-------------|---|----------------|-----------------|-----------------|-------------|--------------|------------------------------------|-------------|--------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|
| OE | Produkt | Teilprodukt | Bezeichnung Produkt / Teilprodukt | Ergebnis 2020 | | | Ansatz 2021 | | | 2022 | | | 2023 | 2024 | 2025 |
| | | | | Erträge | Aufwendungen | Saldo | Erträge | Aufwendungen | Überschuss/ Zuschuss- bedarf | Erträge | Aufwendungen | Überschuss/ Zuschuss- bedarf | Überschuss/ Zuschuss- bedarf | Überschuss/ Zuschuss- bedarf | Überschuss/ Zuschuss- bedarf |
| | | | | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € |
| | | | Dezernat I | 22.929.598,99 | -24.876.449,34 | -1.946.850,35 | 21.001.354 | -27.423.266 | -6.421.912 | 20.667.648 | -28.610.574 | -7.943.026 | -7.436.993 | -7.026.304 | -6.435.307 |
| | | | Dezernat II | 17.351.683,86 | -27.423.050,72 | -10.071.366,86 | 17.557.370 | -31.138.411 | -13.581.041 | 17.919.573 | -32.110.670 | -14.191.097 | -14.392.207 | -15.032.526 | -15.181.858 |
| | | | Dezernat III | 208.500.191,42 | -360.167.670,13 | -151.667.478,71 | 220.887.531 | -382.216.114 | -161.328.583 | 210.924.646 | -372.674.788 | -161.750.142 | -170.672.533 | -173.597.015 | -176.634.600 |
| | | | Dezernat IV | 9.615.131,42 | -50.909.347,00 | -41.294.215,58 | 9.913.926 | -56.541.054 | -46.627.128 | 8.549.791 | -56.661.580 | -48.111.789 | -46.982.963 | -48.180.482 | -49.807.192 |
| | | | Dezernat V | 29.360.711,64 | -76.047.380,81 | -46.686.669,17 | 41.165.844 | -91.069.768 | -49.903.924 | 42.730.927 | -96.154.509 | -53.423.582 | -53.859.502 | -54.509.397 | -55.111.535 |
| | | | Dezernat VI | 21.122.097,90 | -30.176.852,83 | -9.054.754,93 | 24.578.926 | -30.822.363 | -6.243.437 | 30.741.797 | -36.605.133 | -5.863.336 | -7.435.463 | -7.514.521 | -7.909.014 |
| | | | Summe Dezernate I - VI | 308.879.415,23 | -569.600.750,83 | -260.721.335,60 | 335.104.951 | -619.210.976 | -284.106.025 | 331.534.282 | -622.817.254 | -291.282.972 | -300.779.661 | -305.860.245 | -311.079.506 |
| | | | | 308.879.415,23 | -569.600.750,83 | | | | | lt. HH 2021 | -7.176.947 | -284.404.938 | | | |
| | | | | 0,00 | 0,00 | | | | | Kontrolle | -284.404.938 | | | | |
| | | | Allg. Deckungsmittel | 472.211.705,22 | -195.440.214,88 | 276.771.490,34 | 463.932.738 | -185.219.769 | 278.712.969 | 481.147.163 | -193.950.564 | 287.196.599 | 290.788.005 | 299.694.028 | 308.651.737 |
| | | | Summe insgesamt | 781.091.120,45 | -765.040.965,71 | 16.050.154,74 | 799.037.689 | -804.430.745 | -5.393.056 | 812.681.445 | -823.944.765 | -4.086.373 | -9.991.656 | -6.166.217 | -2.427.769 |
| | | | Überschüsse/Defizite nach derzeitigem Stand der Haushaltsplanung | | | | | | -5.393.056 | | -4.086.373 | -9.991.656 | -6.166.217 | -2.427.769 | |
| | | | Haushaltsausgleich unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage (Veranschlagung Fehlbedarf) | | | | | | 5.393.056 | | 4.086.373 | 9.991.656 | 6.166.217 | 2.427.769 | |
| | | | Umlagegrundlagen (nur Altkeis AC wg. diff. RU Stadt AC) | | | | | | 508.347.691 | | 529.709.842 | 542.687.733 | 571.016.033 | 600.823.070 | |
| | | | | | | | | | | | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | |
| | | | Umlage lt. Umlagesatz MiFri 2021 | | | | | 38,3000% | 194.697.166 | | 202.349.160 | 207.306.714 | 214.702.028 | 225.909.474 | |
| | | | - Weniger-/+Mehrbedarf | | | | | | | | 38,2000% | 38,2000% | 37,6000% | 37,6000% | |
| | | | Veränderung Umlage gegenüber 2021 | | | | | | | | -1.589.130 | 1.628.063 | 5.139.144 | 5.407.407 | |
| | | | neue Allgemeine Regionsumlage zum Haushaltsausgleich | | | | | | 194.697.166 | | -0,3000% | 0,3000% | 0,9000% | 0,9000% | |
| | | | Veränderung Umlage gegenüber Vorjahr | | | | | | | | 200.760.030 | 208.934.777 | 219.841.172 | 231.316.881 | |
| | | | | | | | | | | | 37,9% | 38,5% | 38,5% | 38,5% | |
| | | | Veränderung Umlage gegenüber Vorjahr | | | | | | | | -0,3000% | 0,6000% | 0,0000% | 0,0000% | |
| | | | nachrichtlich: diff. Umlage Stadt Aachen | | | | | | 172.316.897 | | 178.719.176 | 193.211.198 | 199.126.069 | 205.241.279 | |
| | | | Umlagegrundlagen Stadt AC | | | | | | 501.767.702 | | 533.652.090 | 546.726.566 | 575.265.693 | 605.294.562 | |
| | | | Umlagesatz diff. RU Stadt Aachen | | | | | | 34,3420% | | 33,4898% | 35,3396% | 34,6146% | 33,9077% | |

| Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen" | | | | | | | | | |
|---|--|------------------|--|------------------|--------------------|-------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|
| OE | Produkt | Teil- produkt | Bezeichnung Produkt / Teilprodukt | 2022 | | | 2023 | 2024 | 2025 |
| | | | | Erträge | Aufwendungen | Oberschuss/ Zuschussbedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf |
| | | | | HH-Entwurf | HH-Entwurf | HH-Entwurf | | | |
| | | | | € | € | € | € | € | € |
| Dez. I | | | | | | | | | |
| Nr. 3 | 01.04.01 | 910100 | Personalbedarf zentrale Ämter – Personal | 0 | -63.500 | -63.500 | -63.500 | -63.500 | -63.500 |
| | 01.04.01 | 910130 | Personalbedarf zentrale Ämter – Personal | | -148.600 | -148.600 | -148.600 | -148.600 | -148.600 |
| | 010701 | | Personalbedarf zentrale Ämter – Kämmererei | | -159.200 | -159.200 | -159.200 | -159.200 | -159.200 |
| | 010702 | | Personalbedarf zentrale Ämter – Kasse | | -131.750 | -131.750 | -131.750 | -131.750 | -131.750 |
| | 01.1201 | | Personalbedarf zentrale Ämter – Gebäudemang. | | -30.400 | -30.400 | -30.400 | -30.400 | -30.400 |
| | Zwischensumme Personalmehrbedarf zentrale Ämter | | | 0 | -533.450 | -533.450 | -533.450 | -533.450 | -533.450 |
| Nr. 4 | 01.01.01 | | Anteil Städteregionstag 22,22 % | 667 | -444.390 | -443.724 | -448.161 | -452.642 | -457.169 |
| | 01.04.01 | 910120 | Anteil Ausbildung 27,69 % | 0 | -753.313 | -753.313 | -760.846 | -768.454 | -776.139 |
| | 01.14.01 | | Anteil Personalrat 20,0 % | 0 | -102.393 | -102.393 | -103.417 | -104.451 | -105.496 |
| | Zw.-summe Nr. 4 der BM-Vereinbarung | | | 667 | -1.300.096 | -1.299.429 | -1.312.423 | -1.325.548 | -1.338.803 |
| S 80 | 15.02.01 | | Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen | 6.000.000 | | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 |
| | Zw.-summe S 80 | | | 6.000.000 | 0 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 |
| | Zw.-summe Dez. I | | | 6.000.667 | -1.833.546 | 4.167.121 | 4.154.127 | 4.141.002 | 4.127.747 |
| Dez. II | | | | | | | | | |
| A 32 | 02.03.01 | 932100 | Allgemeine Ordnungsangelegenheiten | 0 | -10.000 | -10.000 | -10.100 | -10.201 | -10.303 |
| | | 932110 | Sprengstoffrechtliche Angelegenheiten | 9.416 | -14.764 | -5.349 | -5.402 | -5.456 | -5.511 |
| | | 932120 | Aufgaben nach der Gewerbeordnung (GewO) | 54.300 | -76.114 | -21.814 | -22.032 | -22.253 | -22.475 |
| | 02.03.04 | | Bekämpfung der Schwarzarbeit | 34.091 | -66.441 | -32.350 | -32.673 | -33.000 | -33.330 |
| | Zw.-summe A 32 | | | 97.807 | -167.320 | -69.513 | -70.208 | -70.910 | -71.619 |
| | 02.04.01 | | Feuerschutz | 0 | -18.484 | -18.484 | -18.668 | -18.855 | -19.044 |
| A 38 | 02.07.01 | | Leitstelle für Rettungsdienst, Feuer- und K'Schutz | 2.422.707 | -3.615.980 | -1.193.274 | -1.205.206 | -1.217.258 | -1.229.431 |
| | Zw.-summe A 38 | | | 2.422.707 | -3.634.464 | -1.211.757 | -1.205.206 | -1.217.258 | -1.229.431 |
| A 33 | 02.03.05 | 933200 | Aufenthaltsangelegenheiten | 860.847 | -5.726.669 | -4.865.822 | -4.914.480 | -4.963.625 | -5.013.261 |
| | | 933210 | Einbürgerungen, Namensänderungen, Personenstand | 173.520 | -369.713 | -196.193 | -198.155 | -200.137 | -202.138 |
| | Zw.-summe A 33 | | | 1.034.367 | -6.096.383 | -5.062.016 | -5.112.636 | -5.163.762 | -5.215.400 |
| A 36 | 02.03.09 | 936100 | Verwaltung | 249.972 | -512.690 | -262.718 | -265.345 | -267.999 | -270.679 |
| | | 936200 | Zulassungsstelle | 2.028.684 | -1.534.385 | 494.299 | 499.242 | 504.234 | 509.277 |
| | | 936300 | Führerscheinstelle | 855.347 | -1.226.958 | -371.611 | -375.327 | -379.080 | -382.871 |
| | | 936400 | Ausnahmegenehmigungen | 203.945 | -437.510 | -233.565 | -235.900 | -238.259 | -240.642 |
| | Zw.-summe A 36 | | | 3.337.948 | -3.711.542 | -373.594 | -377.330 | -381.104 | -384.915 |
| | Zw.-summe Dez. II | | | 6.892.828 | -13.609.708 | -6.716.880 | -6.765.380 | -6.833.034 | -6.901.364 |

| Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen" | | | | | | | | | |
|---|----------|------------------|---|--------------------|---------------------|-------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| OE | Produkt | Teil- produkt | Bezeichnung Produkt / Teilprodukt | 2022 | | | 2023 | 2024 | 2025 |
| | | | | Erträge | Aufwendungen | Oberschuss/ Zuschussbedarf | Oberschuss/ Zuschuss- | Oberschuss/ Zuschuss- | Oberschuss/ Zuschuss- |
| | | | | HH-Entwurf | HH-Entwurf | HH-Entwurf | bedarf | bedarf | bedarf |
| | | | | € | € | € | € | € | € |
| Dez. III | | | | | | | | | |
| A 46 | 06.08.01 | 946200 | Zusätzliche Integrationsarbeit/Antirassismusbearbeitung | | -23.513 | -23.513 | -23.748 | -23.985 | -24.225 |
| Zw.-summe A 46 | | | | 0 | -23.513 | -23.513 | -23.748 | -23.985 | -24.225 |
| A 50 | 03.09.01 | | Leistungen nach dem BAFöG | 579 | -247.718 | -247.139 | -252.082 | -257.123 | -262.266 |
| | 05.01.01 | 950100 | Verwaltung | 53.144 | -2.032.988 | -1.979.844 | -1.999.643 | -2.019.639 | -2.039.836 |
| | | 950101 | Hilfe zum Lebensunterhalt | 145.569 | -5.083.040 | -4.937.471 | -5.036.220 | -5.136.945 | -5.239.684 |
| | | 950110 | Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | 36.680.524 | -36.680.524 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | | 950120 | Hilfen zur Gesundheit | 263.400 | -5.505.560 | -5.242.160 | -5.347.003 | -5.453.943 | -5.563.022 |
| | | 950130 | Eingliederungshilfe für behinderte Menschen | 0 | -101.760 | -101.760 | -103.795 | -105.871 | -107.989 |
| | | 950140 | Hilfe zur Pflege | 394.630 | -16.425.550 | -16.030.920 | -19.284.701 | -19.670.395 | -20.063.803 |
| | | 950150 | Hilfe zur Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten | 0 | -312.938 | -312.938 | -319.197 | -325.581 | -332.092 |
| | | 950160 | Hilfe in anderen Lebenslagen | 0 | -312.430 | -312.430 | -318.679 | -325.052 | -331.553 |
| | | 950170 | Freiwillige Förderungen | 0 | -366.865 | -366.865 | -374.202 | -381.686 | -389.320 |
| | | 950180 | Delegationsaufgaben | 4.008.488 | -4.008.488 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | | 950200 | Pflegewohnung | 53.645 | -9.118.200 | -9.064.555 | -9.245.846 | -9.430.763 | -9.619.378 |
| | | 950210 | Bewohnerbezogene Aufwendungszuschüsse | 4.961 | -2.440.900 | -2.435.939 | -2.484.658 | -2.534.351 | -2.585.038 |
| | | 950220 | Wohn- und Pflegeberatung | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | | 950230 | Pflegestützpunkte | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | 05.02.01 | 950300 | Verwaltung | 18 | -134.669 | -134.651 | -135.998 | -137.358 | -138.731 |
| | | 950301 | Verwaltung ARGE | 11.823.425 | -15.997.089 | -4.173.664 | -4.215.400 | -4.257.554 | -4.300.130 |
| | | 950310 | Leistungen für Unterkunft und Heizung | 46.137.146 | -67.161.600 | -21.024.454 | -21.444.943 | -21.873.842 | -22.311.319 |
| | | 950390 | Sonstige kommunale Leistungen nach SGB II | 2.668.000 | -4.513.475 | -1.845.475 | -1.882.385 | -1.920.032 | -1.958.433 |
| | 05.03.01 | 950400 | Verwaltung | 138.152 | -966.099 | -827.947 | -844.506 | -861.396 | -878.624 |
| | | 950410 | Leistungen nach dem OEG, SVG, BSeuchG | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | | 950420 | Leistungen nach dem SGB IX | 348.076 | -348.076 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | | 950430 | Eingliederungshilfe örtl. Träger | 60.784 | -4.699.000 | -4.638.216 | -4.684.598 | -4.731.444 | -4.778.759 |
| | | 950440 | Eingliederungshilfe n. Teil 2 SGB IX | 718.000 | -718.000 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | | 950450 | Leistungen nach dem BKGG (BTP) | 582.540 | -624.150 | -41.610 | -42.442 | -43.291 | -44.157 |
| | 05.03.03 | 950520 | Leistungen Bildung und Teilhabe (Hortkinder/Schulso | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | | 950530 | Leistungen nach dem AsylbLG (Flüchtlinge) | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | 07.01.05 | | Aufgaben nach dem Wohn- und Teilhabegesetz | 18.807 | -463.911 | -445.105 | -454.007 | -463.087 | -472.349 |
| Zw.-summe A 50 | | | | 104.099.886 | -178.263.030 | -74.163.143 | -78.470.306 | -79.929.355 | -81.416.482 |
| A 53 | 07.01.01 | | Gesundheitsamt | 1.761.912 | -7.533.266 | -5.771.354 | -5.829.067 | -5.887.358 | -5.946.231 |
| Zw.-summe A 53 | | | | 1.761.912 | -7.533.266 | -5.771.354 | -5.829.067 | -5.887.358 | -5.946.231 |
| A 57 | 05.03.02 | | Aufgaben des Schwerbehindertenrechts | 842.264 | -1.504.921 | -662.658 | -669.284 | -675.977 | -682.737 |
| | 05.06.01 | 957100 | Aufgaben/Leistungen n.d. Bundeselterngeldgesetz | 249.423 | -396.198 | -146.775 | -148.243 | -149.725 | -151.222 |
| | | 957200 | Betreuungsgeld | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zw.-summe A 57 | | | | 1.091.686 | -1.901.119 | -809.433 | -817.527 | -825.702 | -833.959 |
| Zw.-summe Dez. III | | | | 106.953.485 | -187.720.927 | -80.767.442 | -85.140.647 | -86.666.400 | -88.220.898 |

| Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen" | | | | | | | | | |
|---|---------------|------------------|---|----------------|-------------------|-------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|
| OE | Produkt | Teil- produkt | Bezeichnung Produkt / Teilprodukt | 2022 | | | 2023 | 2024 | 2025 |
| | | | | Erträge | Aufwendungen | Oberschuss/ Zuschussbedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf |
| | | | | HH-Entwurf | HH-Entwurf | HH-Entwurf | | | |
| | | | | € | € | € | € | € | € |
| Dez. IV | | | | | | | | | |
| A 39 | 02.08.01 | 939100 | Veterinäraufsicht | 12.320 | -180.876 | -168.556 | -170.241 | -171.944 | -173.663 |
| | | 939110 | Tierschutz | 9.834 | -395.079 | -385.245 | -389.098 | -392.989 | -396.919 |
| | | 939120 | Tierkörperbeseitigung | 1.330 | -43.703 | -42.373 | -42.796 | -43.224 | -43.657 |
| | | 939130 | Tierzuchtberatung | 432 | -25.143 | -24.710 | -24.958 | -25.207 | -25.459 |
| | 02.08.02 | 939200 | Lebensmittelüberwachung | 159.168 | -1.523.749 | -1.364.581 | -1.378.227 | -1.392.009 | -1.405.930 |
| | 02.08.03 | | Schlacht- und Fleischüberwachung | 9.350 | -15.679 | -6.329 | -6.393 | -6.457 | -6.521 |
| | | | Zw.-summe A 39 | 192.434 | -2.184.229 | -1.991.795 | -2.011.713 | -2.031.830 | -2.052.148 |
| A 61 | 01.12.02 | 961140 | Gebäude Würselen, Carlo-Schmid-Straße (A 36/39) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | nachrichtlich | 961185 | Gebäude Aachen, Triererstr. 1 (Gesundheitsamt) | 0 | -1.313.285 | -1.313.285 | -1.326.418 | -1.339.682 | -1.353.079 |
| | | 961190 | Gebäude Aachen, Hackländerstraße (Ausländeramt) | 100 | -696.160 | -696.060 | -703.021 | -710.051 | -717.151 |
| | 01.12.03 | 961242 | BK "Käthe-Kollwitz-Schule" in Aachen | 9.152 | -944.215 | -935.063 | -944.414 | -953.858 | -963.396 |
| | nachrichtlich | 961243 | BK "Mies-van-der-Rohe-Schule" in Aachen | 171.563 | -1.633.954 | -1.462.391 | -1.477.015 | -1.491.785 | -1.506.703 |
| | | 961244 | BK für Gestaltung und Technik in Aachen | 266.230 | -2.565.724 | -2.299.494 | -2.322.489 | -2.345.714 | -2.369.171 |
| | | 961245 | Paul-Julius-Reuter-BK in Aachen | 43.025 | -741.271 | -698.246 | -705.228 | -712.281 | -719.404 |
| | | 961246 | BK für Wirtschaft und Verwaltung in Aachen | 19.862 | -465.507 | -445.645 | -450.101 | -454.602 | -459.148 |
| | | 961247 | WBK/Abendgymnasium | 26 | -101.776 | -101.750 | -102.768 | -103.796 | -104.834 |
| | | 961248 | Abendrealschule | 67 | -96.715 | -96.648 | -97.614 | -98.591 | -99.577 |
| | | 961249 | Abendgymnasium | 0 | -31.830 | -31.830 | -32.148 | -32.470 | -32.794 |
| | | 961265 | Kleebachschule in Aachen | 100 | -885.537 | -885.437 | -894.291 | -903.234 | -912.267 |
| | | 961285 | Lindenschule in Aachen | 9.784 | -342.584 | -332.800 | -336.128 | -339.489 | -342.884 |
| | | 961295 | Janusz-Korczak-Schule in Aachen | 28.974 | -113.492 | -84.518 | -85.363 | -86.217 | -87.079 |
| | | | Zw.-summe A 61 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| S 64 | 12.02.01 | | Kreisstraßen - Unterhaltung / AfA | | -135.410 | -135.410 | -136.764 | -138.131 | -139.513 |
| | 12.02.01 | | Kreisstraßen - Instandsetzung | | -320.000 | -320.000 | -350.000 | -200.000 | 0 |
| | | | Zw.-summe S 64 | 0 | -455.410 | -455.410 | -486.764 | -338.131 | -139.513 |
| A 62 | 09.02.01 | | Vermessung, Erhebung und Führung v. Geobasisdaten | 154.337 | -1.964.009 | -1.809.672 | -1.827.769 | -1.846.047 | -1.864.507 |
| | 09.02.02 | | Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement | 5.504 | -520.107 | -514.603 | -519.749 | -524.946 | -530.196 |
| | 09.02.03 | | Grundstückswertermittlung | 11.805 | -453.676 | -441.871 | -446.290 | -450.753 | -455.260 |
| | | | Zw.-summe A 62 | 171.646 | -2.937.792 | -2.766.146 | -2.793.808 | -2.821.746 | -2.849.963 |
| A 63 | 10.02.01 | | Wohnraumförderung | 94.568 | -282.387 | -187.819 | -189.697 | -191.594 | -193.510 |
| | | | Zw.-summe A 63 | 94.568 | -282.387 | -187.819 | -189.697 | -191.594 | -193.510 |
| A 70 | 02.11.01 | | Jagd- und Fischereiangelegenheiten | 21.665 | -67.449 | -45.785 | -46.243 | -46.705 | -47.172 |
| | 13.04.01 | | Aufgaben ohne Personalübergang - Artenschutz | 0 | -31.700 | -31.700 | -31.700 | -31.700 | -31.700 |
| | | | Zw.-summe A 70 | 21.665 | -99.149 | -77.485 | -77.943 | -78.405 | -78.872 |
| | | | Zw.-summe Dez. IV | 480.312 | -5.958.967 | -5.478.655 | -5.559.924 | -5.461.707 | -5.314.007 |

| Differenzierte Umlage "Abrechnung Stadt Aachen" | | | | | | | | | |
|---|----------|------------------|---|--------------------|---------------------|-------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|
| OE | Produkt | Teil- produkt | Bezeichnung Produkt / Teilprodukt | 2022 | | | 2023 | 2024 | 2025 |
| | | | | Erträge | Aufwendungen | Oberschuss/ Zuschussbedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf | Oberschuss/ Zuschuss- bedarf |
| | | | | HH-Entwurf | HH-Entwurf | HH-Entwurf | | | |
| | | | | € | € | € | € | € | € |
| Dez. V | | | | | | | | | |
| A 40 | 03.01.01 | 940120 | Kleebachschule in Aachen | 64.940 | -2.557.113 | -2.492.173 | -2.517.095 | -2.542.266 | -2.567.688 |
| | 03.01.02 | 940220 | Lindenschule in Aachen | 327.435 | -1.503.200 | -1.175.765 | -1.187.523 | -1.199.398 | -1.211.392 |
| | 03.01.04 | 940600 | Janusz-Korczak-Schule in Aachen | 2.284 | -164.849 | -162.565 | -164.191 | -165.833 | -167.491 |
| | 03.02.01 | 940750 | Käthe-Kollwitz-Schule in Aachen | 31.798 | -2.353.871 | -2.322.073 | -2.345.294 | -2.368.747 | -2.392.434 |
| | | 940760 | Mies-van-der-Rohe-Schule in Aachen | 61.286 | -2.977.917 | -2.916.631 | -2.945.797 | -2.975.255 | -3.005.008 |
| | | 940770 | Berufskolleg für Gestaltung und Technik in Aachen | 72.551 | -3.625.172 | -3.552.621 | -3.588.147 | -3.624.029 | -3.660.269 |
| | | 940780 | Paul-Julius-Reuter-Berufskolleg in Aachen | 40.101 | -1.709.321 | -1.669.220 | -1.685.912 | -1.702.771 | -1.719.799 |
| | | 940790 | Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung in Aachen | 15.835 | -1.186.969 | -1.171.134 | -1.182.845 | -1.194.674 | -1.206.621 |
| | 03.03.01 | 940800 | Abendrealschule | 0 | -104.182 | -104.182 | -105.224 | -106.276 | -107.339 |
| | 03.05.01 | 940910 | WBK/Abendgymnasium | 2.423 | -228.578 | -226.154 | -228.416 | -230.700 | -233.007 |
| | | 940400 | Allgemeine Schulverwaltung | 154.841 | -593.712 | -438.870 | -443.259 | -447.692 | -452.169 |
| | | | Zw.-summe A 40 | 773.494 | -17.004.884 | -16.231.389 | -16.393.703 | -16.557.640 | -16.723.217 |
| A 41 | 03.04.04 | | Schulaufsicht | 7.026 | -1.261.290 | -1.254.264 | -1.266.807 | -1.279.475 | -1.292.269 |
| | | | Zw.-summe A 41 | 7.026 | -1.261.290 | -1.254.264 | -1.266.807 | -1.279.475 | -1.292.269 |
| A 43 | 03.04.02 | 943100 | Bildungsbüro | 527.048 | -1.028.507 | -501.459 | -506.474 | -511.538 | -516.654 |
| | | 943200 | Modellprojekt "Lernen vor Ort" | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | | 943300 | Bildungszugabe | 0 | -284.718 | -284.718 | -287.565 | -290.440 | -293.345 |
| | | 943400 | Übergangmanagement Schule-Beruf-Studium | 97.168 | -234.687 | -137.519 | -138.894 | -140.283 | -141.686 |
| | | | Zw.-summe A 43 | 624.216 | -1.547.911 | -923.696 | -932.932 | -942.262 | -951.684 |
| A 51 | 06.04.01 | 951500 | Erziehungsberatung mit Schulpsychologie, Familien- bildungsstätten (all. RU) | 9.354 | -73.213 | -63.859 | -64.498 | -65.143 | -65.794 |
| | | 951510 | Adoptionsvermittlung (allg. RU) | 1.654 | -50.344 | -48.690 | -49.176 | -49.668 | -50.165 |
| | | | Zw.-summe A 51 | 11.009 | -123.557 | -112.549 | -113.674 | -114.811 | -115.959 |
| | | | Zw.-summe Dez. V | 1.415.745 | -19.937.642 | -18.521.897 | -18.707.116 | -18.894.188 | -19.083.129 |
| AD | 16.01.01 | | Schlüsselzuweisungen vom Land | 9.389.838 | 0 | 9.389.838 | 9.868.720 | 10.441.105 | 11.046.690 |
| | | | Schul- und Bildungspauschale | 3.559.027 | 0 | 3.559.027 | 3.740.537 | 3.957.488 | 4.187.022 |
| | | | Investitionspauschale | 1.219.858 | 0 | 1.219.858 | 1.282.071 | 1.356.431 | 1.435.104 |
| | | | Inklusionspauschale | 231.290 | 0 | 231.290 | 233.603 | 235.939 | 238.298 |
| | | | Landschaftsumlage einschl. Bedarfsumlage | | -85.800.625 | -85.800.625 | -96.316.360 | -101.401.864 | -106.755.882 |
| | | | Landschaftsumlage (Bedarfsumlage ELAG-Abr.) | 0 | 0 | 0 | | | |
| | | | Zw.-summe AD | 14.400.013 | -85.800.625 | -71.400.612 | -81.191.429 | -85.410.900 | -89.848.768 |
| | | | Gesamtsumme | 136.143.050 | -314.861.415 | -178.719.176 | -193.211.198 | -199.126.069 | -205.241.279 |
| | | | Umlagegrundlagen | | | 533.652.090,12 | 546.726.566,33 | 575.265.693,09 | 605.294.562,27 |
| | | | Umlagesatz | | | 33,4898 | 35,3396 | 34,6146 | 33,9077 |

Ausgleichsrücklage

| Entwicklung der Ausgleichsrücklage/Allgemeine Rücklage | | | |
|--|---|------------------------------|-----------------------------|
| | | Ausgleichs- rücklage € | Allgemeine Rücklage € |
| 01.01.2010 | lt. festgestellter Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 (SRT 28.06.2012, SV-Nr.: 2012/0259) | 57.406.022,00 | 114.812.046,00 |
| Zu-/Abgang | lt. festgestellter Jahresrechnung 2010 (SRT 18.07.2013, SV-Nr.: 2013/0209) | -6.490.557,69 | 4.557.417,71 |
| 31.12.2010 | | 50.915.464,31 | 119.369.463,71 |
| Abgang | lt. festgestellter Jahresrechnung 2011 (SRT 12.12.2013, SV-Nr.: 2013/0485) | -15.390.700,86 | 0,00 |
| 31.12.2011 | | 35.524.763,45 | 119.369.463,71 |
| Abgang | Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Abwertung RWE) | | -26.923.482,00 |
| Abgang | lt. festgestellter Jahresrechnung 2012 (SRT 02.10.2014, SV-Nr.: 2014/0341) | -15.029.591,92 | |
| 31.12.2012 | | 20.495.171,53 | 92.445.981,71 |
| Abgang | lt. festgestellter Jahresrechnung 2013 (SRT 26.03.2015, SV-Nr.: 2015/0078) | -10.005.751,47 | 0,00 |
| 31.12.2013 | | 10.489.420,06 | 92.445.981,71 |
| Abgang | lt. festgestellter Jahresrechnung 2014 (SRT 22.10.2015, SV-Nr.: 2015/0359) | -10.489.420,06 | -1.885.404,05 |
| 31.12.2014 | | 0,00 | 90.560.577,66 |
| Abgang 1 | Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Abwertung RWE) | | -8.226.507,23 |
| Abgang 2 | lt. festgestellter Jahresrechnung 2015 (SRT 08.12.2016, SV-Nr.: 2016/0506) | 0,00 | -684.183,49 |
| 31.12.2015 | | 0,00 | 81.649.886,94 |
| Zugang | Verrechnung mit Allg. Rückl. | | 82.402,18 |
| Abgang | lt. festgestellter Jahresrechnung 2016 (SRT 19.10.2017, SV-Nr.: 2017/0388) | 0,00 | -3.375.811,05 |
| 31.12.2016 | | 0,00 | 78.356.478,07 |
| Zugang 1 | Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und Inventurabgänge) | | 2.490.818,26 |
| Zugang 2 | lt. festgestellter Jahresrechnung 2017 (SRT 11.10.2018, SV-Nr.: 2018/0373) | 9.455.084,26 | 3.375.811,05 |
| 31.12.2017 | | 9.455.084,26 | 84.223.107,38 |
| Zugang 1 | Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und einige Abgänge) | | 1.470.725,71 |
| Zugang 2 | lt. festgestellter Jahresrechnung 2018 (SRT 12.12.2019, SV-Nr.: 2019/0566 bzw. 0566-E1) | 2.434.616,46 | 0,00 |
| 31.12.2018 | | 11.889.700,72 | 85.693.833,09 |
| Zugang 1 | Verrechnung mit Allg. Rückl. (insbes. Wertaufholung RWE und einige Abgänge) | | 2.010.663,90 |
| Zugang 2 | lt. festgestellter Jahresrechnung 2019 (SRT 17.09.2020, SV-Nr.: 2020/0455 bzw. 0455-E1) | 563.354,47 | 0,00 |
| 31.12.2019 | | 12.453.055,19 | 87.704.496,99 |
| Abgang | lt. Entwurf der Jahresrechnung 2020 | 16.050.154,74 | -7.780.089,99 |
| 31.12.2020 | rd. 8 Mio. € Umbuchung Allg. R. in Sonderrücklage - noch nicht verwendete RWE-Erlöse | 28.503.209,93 | 79.924.407,00 |
| Abgang | lt. HH 2021 | -5.393.056,00 | 0,00 |
| 31.12.2021 | | 23.110.153,93 | 79.924.407,00 |
| Abgang | lt. HH-Entwurf 2022 | -4.086.373,00 | 0,00 |
| 31.12.2022 | | 19.023.780,93 | 79.924.407,00 |
| Abgang | lt. HH-Entwurf 2022 für 2023 | -9.991.656,00 | 0,00 |
| 31.12.2023 | | 9.032.124,93 | 79.924.407,00 |
| Abgang | lt. HH-Entwurf 2022 für 2024 | -6.166.217,00 | 0,00 |
| 31.12.2024 | | 2.865.907,93 | 79.924.407,00 |
| Abgang | lt. HH-Entwurf 2022 für 2025 | -2.427.769,00 | 0,00 |
| 31.12.2025 | | 438.138,93 | 79.924.407,00 |



Anlage 2



StädteRegion - Aachen - Postfach 500451 - 52088 Aachen

Der Städteregionsrat

Landschaftsverband Rheinland
Frau Direktorin
Ulrike Lubek
Kennedy-Ufer 2

50679 Köln

**Haushaltsplanentwurf 2022/2023;
Benehmensherstellung zur Festsetzung der Landschaftsumlage;
hier: Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Lubek,

vielen Dank für die Übersendung des Schreibens zur Einleitung des Benehmensverfahrens zur Festsetzung der Landschaftsumlage für den Doppelhaushalt 2022/2023. Dies versetzt die StädteRegion Aachen in die Lage, frühzeitig mit verlässlichen Werten in der eigenen Haushaltsplanung zu kalkulieren.

Sie verweisen in Ihrem Schreiben insbesondere zunächst auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die damit nach Ihrer Einschätzung einhergehenden Steuereintrübe, die zu deutlich niedrigeren Umlagegrundlagen führen würden. Ihre diesbezüglichen Erwartungen fußen u.a. auf der Steuerschätzung vom 12.05.2021.

Zwischenzeitlich ist mit der Bekanntgabe Arbeitskreisrechnung zum Finanzausgleich 2022 insofern eine andere Situation eingetreten, als dass sich die negativen Erwartungen für die Steuereinnahmen nicht in dem erwarteten Umfang bestätigt haben und somit die Umlagegrundlagen deutlich höher sein dürften, als von Ihnen kalkuliert.

Da ich davon ausgehe, dass der von Ihnen zugesagte Einsatz der Ausgleichsrücklage unverändert bleibt, dürfte die Umlage in 2022 nicht steigen, sondern es müsste sich im Gegenteil ein Senkungspotenzial hinsichtlich des Umlagesatzes für 2022 ergeben. Auf dieser verbesserten Grundlage dürfte sich dann in der Fortschreibung für 2023 ebenfalls eine

A 20
Kämmerei/Kasse

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 - 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 - 2414

Telefax
0241 / 5198 - 82414

E-Mail
thomas.classen@
staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Herr Claßen

Zimmer
A 209

Aktenzeichen
(bitte immer angeben)
20.21.01

Datum
29.07.2021

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90

Bürgertelefon
0800 / 5198 000

Internet
[http://www.
staedteregion-aachen.de](http://www.staedteregion-aachen.de)

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSD33
IBAN DE2139050000
0000304204

Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE5237010050
0102986508

Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13,
14, 21, 27, 33, 34, 37,
46, 56, 57, 77, 163 bis
Haltestelle Normaluhr.
Ca. 5 Minuten Fußweg
vom Hauptbahnhof.

Seite 1 von 3

günstigere Entwicklung ergeben, die bei gleichbleibendem Einsatz der Ausgleichsrücklage eine erheblich geringere als die angekündigte Erhöhung um 1,55%-Punkte für 2023 gegenüber 2021 zulassen sollte. Ich erlaube mir an dieser Stelle den Hinweis, dass eine derart hohe Steigerung der Umlage für die kommenden Haushalte im Jahr 2023 nicht zu schultern sein wird.

Weiterhin verweisen Sie auf die Auswirkungen des BTHG und des AG-BTHG NRW.

Sie weisen darauf hin, dass die dadurch bedingten Transferaufwendungen an der untersten Einschätzungsbandbreite geplant worden seien.

Ich unterstelle, dass diese Prämisse im Sinne des Rücksichtnahmegebots auch an allen anderen Stellen im Haushalt und auch in den vergangenen Jahren gegolten hat. Erstaunlicherweise konnten Sie trotzdem über eine Bewirtschaftungsverfügung im Jahr 2020 noch weitere 3 % der Dezer-natszuschussbudgets kürzen. In den vergangenen Jahren konnten Sie regelmäßig teilweise nicht unerhebliche Verbesserungen im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung erzielen und durch die erzielten Überschüsse Ihre Eigenkapitalbasis und die Ausgleichsrücklage deutlich stärken. Anders als in Vorjahren haben Sie sich erfreulicherweise dazu entschieden, die Ausgleichsrücklage bis zum Jahr 2025 vollständig einzusetzen, um Umlagesatzsteigerungen zu begrenzen.

Sollten sich darüber hinaus im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2022/2023 weitere Senkungspotenziale ergeben, beispielsweise bei der Konkretisierung des Finanzausgleichs 2022 oder durch eine positivere Entwicklung der Sozialtransferaufwendungen im Laufe des weiteren Jahres 2021, gehe ich davon aus, dass diese in der Umlagesatzgestaltung eine entsprechend positive Berücksichtigung finden.

Gleiches gilt, falls sich im Zuge der Bewirtschaftung des ersten Jahres des Doppelhaushaltes im Jahr 2022 bereits abzeichnen sollte, dass sich Senkungspotenziale für das Jahr 2023 ergeben. In diesem Fall gehe ich davon aus, dass frühzeitig über einen Nachtrag eine entsprechende Entlastung der Mitgliedskörperschaften für das Jahr 2023 erfolgt.

Abschließend bitte ich Sie und die Mitglieder der Landschaftsversammlung höflichst und voller Verständnis auch für die finanziellen Rahmenbedingungen des LVR von der massiven Steigerung des Umlagesatzes im

Jahr 2023 abzusehen. Wie vorstehend dargestellt, gibt es hinreichend Möglichkeiten für einen deutlich geringeren Umlagesatz im Jahr 2023.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Tim Grüttemeier
Städteregionsrat



StädteRegion · Aachen · Postfach 500451 · 52088 Aachen

Der Städteregionsrat

Lt. Verteiler

Haushaltsentwurf 2022; Benennungsherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage hier: Fortschreibung der Eckdaten

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die fortgeschriebenen Eckdaten zum Haushaltsentwurf der StädteRegion für das Haushaltsjahr 2022.

Gegenüber den Ihnen mit Schreiben vom 04.08.2021 übersandten Eckdaten wurden folgende neuen Entwicklungen und Erkenntnisse eingearbeitet:

- a) Veränderung der geplanten Umlagegestaltung durch den LVR im Rahmen des dortigen Behmungsverfahrens vom 25./26.08.2021
- b) Neue Orientierungsdaten des Landes NRW für die mittelfristige Finanzplanung vom 17./20.08.2021

Daraus ergeben sich folgende Auswirkungen auf die Haushaltsplanung der StädteRegion für das Jahr 2022 sowie für die Mittelfristplanung 2023 bis 2025:

Haushaltsplanung 2022

Der LVR hat im Rahmen seines eigenen Benennungsverfahrens eine Anpassung der bisher vorgesehenen Hebesätze der Landschaftsumlage sowohl für das Jahr 2022 (von bisher 15,8 % auf 15,2 %) und für die Jahre 2023 bis 2025 (von bisher 17,25 % auf 16,65 %) vorgenommen. Dies wird nicht zuletzt auch als Erfolg der aus der hiesigen Region an den Landschaftsverband gerichteten und deutlich kritischen Stellungnahmen zur geplanten Umlagesatzgestaltung des LVR gewertet.

Für 2022 wird der um 0,6 % gesenkte neue LVR-Hebesatz auf die aus der sog. „Arbeitskreisrechnung“ feststehenden Umlagegrundlagen angewen-

A 20
Kämmerei/Kasse

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 - 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 - 2424

Telefax
0241 / 5198 - 82424

E-Mail
thomas.classen@
staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Herr Claßen

Zimmer
A 215

Aktenzeichen
(bitte immer angeben)
20.21.01

Datum
06.09.2021

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90

Bürgertelefon
0800 / 5198 000

Internet
[http://www.
staedteregion-aachen.de](http://www.staedteregion-aachen.de)

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSD33
IBAN DE2139050000
0000304204

Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE5237010050
0102986508

Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13,
14, 21, 27, 33, 34, 37,
46, 56, 57, 77, 163 bis
Haltestelle Normaluhr.
Ca. 5 Minuten Fußweg
vom Hauptbahnhof.

Seite 1 von 4

det und führt damit zu einer entsprechenden Senkung des zu veranschlagenden Aufwands. Dies hat zur Folge, dass auch der Umlagesatz der Allgemeinen Regionsumlage um 0,6 % von bisher 37,9 % auf neu 37,3 % gesenkt werden kann. Die Umlage der Altkreiskommunen sinkt damit um gut 3 Mio. € gegenüber den bisherigen Planzahlen/Eckdaten.

Für die differenzierte Umlage der Stadt Aachen ergibt sich ebenfalls eine Senkung in Höhe des Anteils der Stadt Aachen an der LVR-Umlage um gut 3 Mio. €.

Mittelfristplanung 2023 bis 2025:

Neben der Senkung des Umlagesatzes des LVR, die auch für 2023 bis 2025 gegenüber der bisherigen Planung – 0,6 % (von bisher 17,25 % auf 16,65 %) beträgt, kommt es für 2023 bis 2025 zusätzlich zu Auswirkungen auf den Haushalt aufgrund der neuen Orientierungsdaten des Landes NRW, die leider gegenläufig sind.

Insbesondere im Jahr 2023 geben die Orientierungsdaten negative Steigerungswerte für die Entwicklung der Umlagegrundlagen, der Schlüsselzuweisungen und der sonstigen Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes vor. Dagegen war in der bisherigen Planung der StädteRegion – auch für den Haushalt 2023 und damit durchweg – von Steigerungen ausgegangen worden. Dieser Einbruch in 2023 wirkt mit deutlich verringerten Umlagegrundlagen auch für die Jahre 2024 und 2025 nach, da sich die Steigerungsraten für 2024 und 2025 in etwa im bisher kalkulierten Rahmen von ca. 4 bis 5 % bewegen, aber auf der deutlich verringerten Basis des Jahres 2023 aufbauen.

Nach Verrechnung der geringeren Landschaftsumlage einerseits mit den geringeren Erträgen aus Allgemeinen Zuweisungen und Schlüsselzuweisungen andererseits kommt es in absoluten Zahlen zu einer deutlich geringeren Regionsumlagebelastung gegenüber der bisherigen Planung, die für die Jahre 2023 bis 2025 sowohl auf Seiten der Altkreiskommunen als auch auf Seiten der Stadt Aachen jährlich zwischen ca. - 6 Mio. € und - 8 Mio. € ausmacht.

Dabei wird wie bisher für die Allgemeine Regionsumlage ein kompletter Einsatz der verbliebenen Ausgleichsrücklage in den Jahren 2023 bis 2025 vorgesehen.

Trotz der deutlich verringerten jährlichen absoluten Umlagebelastung führen aber die nach den Orientierungsdaten für 2023 und Folgejahre gegenüber der bisherigen städteregionalen Planung erheblich niedrigeren Umlagegrundlagen dazu, dass der Umlagesatz der Allgemeinen Regionsumlage für die Jahre 2023 bis 2025 auf konstant 39,0 % steigt.

Unter Ausnutzung aller Möglichkeiten wurde dabei erreicht, dass die Steigerung des Umlagesatzes von 2022 = 37,3 % auf 2023 ff. = 39,0 % weitgehend nur die Steigerung des Umlagesatzes der Landschaftsumlage von 15,2 % auf 16,65 %, was bezogen auf die niedrigeren Umlagegrundlagen der Allg. Regionsumlage umgerechnet alleine rd. 1,55 % ausmacht, nachzeichnet. Alle übrigen notwendigen Steigerungen (z.B. in der Sozialhilfe, bei den Personalaufwendungen pp.) sowie die Rückgänge bei den Schlüsselzuweisungen, konnten weitestgehend ausgeglichen bzw. unter Einsatz der kompletten Ausgleichsrücklage kompensiert werden.

Die konkreten neuen Umlagebeträge und Umlagesätze können Sie den als Anlagen beigefügten Aufstellungen entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Dr. Tim Grüttemeier
Städteregionsrat

Anlagen

Verteiler:

Frau Oberbürgermeisterin **Sibylle Keupen**, Rathaus, 52066 Aachen
Herrn Bürgermeister **Alfred Sonders**, Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf
Herrn Bürgermeister **Pierre Froesch**, Mariastraße 2, 52499 Baesweiler
Frau Bürgermeisterin **Nadine Leonhardt**, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler
Herrn Bürgermeister **Dr. Benjamin Fadavian**, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath
Herrn Allgemeinen Vertreter **Franz-Karl Boden**, Laufenstraße 84, 52156 Monschau
Herrn Bürgermeister **Jorma Klauss**, Hauptstraße 55, 52159 Roetgen
Herrn Bürgermeister **Bernd Goffart**, Rathausplatz, 52152 Simmerath
Herrn Bürgermeister **Patrick Haas**, Rathausstraße 11-13, 52222 Stolberg
Herrn Bürgermeister **Roger Nießen**, Morlaixplatz 1, 52146 Würselen

Herrn Städteregionsrat **Dr. Tim Grüttemeier**
Frau **Birgit Nolte**, KDin/Dezernentin II
Herrn **Dr. Michael Ziemons**, Dezernent III
Herrn **Stefan Jücker**, Dezernent IV
Herrn **Markus Terodde**, Dezernent V
Herrn **Gregor Jansen**, Dezernent VI
A 15 – Kommunalaufsicht
S 13 – Öffentlichkeitsarbeit

Durchschrift:

CDU-Fraktion im Städteregionstag
SPD-Fraktion im Städteregionstag
GRÜNE-Fraktion im Städteregionstag
FDP-Fraktion im Städteregionstag
AfD-Fraktion im Städteregionstag
UPP-Fraktion im Städteregionstag
DIE LINKE-Fraktion im Städteregionstag

Nachrichtlich per Mail:

Kämmerin/Kämmerer der ra. Kommunen

| Allgemeine Regionsumlage 2021 / 2022 | | | | | | | |
|---|-----------------------|-------------------------|-----------------------------|---|-----------------------------|---|----------------------------|
| Stadt/ Gemeinde | Umlagegrundlagen 2021 | Regionsumlage 38,3 % | Umlagegrundlagen 2022 | Regionsumlage bisher Entwurf 2022 = 37,9 % | Regionsumlage neu 37,3 % | Differenz RU neu 37,3% zu bisher 37,9% | Differenz neu 2021/2022 |
| Alsdorf | 84.009.012,02 | 32.175.452,00 | 87.600.907,68 | 33.200.744,00 | 32.675.139,00 | -525.605,00 | 499.687,00 |
| Baesweiler | 39.601.598,74 | 15.167.412,00 | 41.428.772,24 | 15.701.505,00 | 15.452.932,00 | -248.573,00 | 285.520,00 |
| Eschweiler | 100.637.341,13 | 38.544.102,00 | 104.079.543,38 | 39.446.147,00 | 38.821.669,00 | -624.478,00 | 277.567,00 |
| Herzogenrath | 73.419.330,01 | 28.119.603,00 | 75.825.101,99 | 28.737.714,00 | 28.282.763,00 | -454.951,00 | 163.160,00 |
| Monschau | 15.533.039,07 | 5.949.154,00 | 16.315.061,81 | 6.183.408,00 | 6.085.518,00 | -97.890,00 | 136.364,00 |
| Roetgen | 10.607.215,79 | 4.062.564,00 | 12.172.933,81 | 4.613.542,00 | 4.540.504,00 | -73.038,00 | 477.940,00 |
| Simmerath | 20.660.713,36 | 7.913.053,00 | 21.733.607,68 | 8.237.037,00 | 8.106.636,00 | -130.401,00 | 193.583,00 |
| Stolberg | 101.900.928,92 | 39.028.056,00 | 106.410.148,05 | 40.329.446,00 | 39.690.985,00 | -638.461,00 | 662.929,00 |
| Würselen | 61.978.512,31 | 23.737.770,00 | 64.143.765,60 | 24.310.487,00 | 23.925.625,00 | -384.862,00 | 187.855,00 |
| Summe | 508.347.691,36 | 194.697.166,00 | 529.709.842,24 | 200.760.030,00 | 197.581.771,00 | -3.178.259,00 | 2.884.605,00 |
| Fehlbedarf = Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage rd. 4,3 Mio. € | | | | | | | |
| | | Umlagesatz neu | Umlagegrundlagen neu | RU Entwurf bisher | RU Entwurf neu | Differenz | Fehlbedarf neu |
| | 2023 | 39,0 | 519.963.181,14 | 208.934.777,00 | 202.785.640,00 | -6.149.137,00 | -9.692.859,00 |
| | 2024 | 39,0 | 547.625.222,38 | 219.841.172,00 | 213.573.836,00 | -6.267.336,00 | -5.854.152,00 |
| | 2025 | 39,0 | 570.680.244,24 | 231.316.881,00 | 222.565.294,00 | -8.751.587,00 | -3.282.895,00 |
| nachrichtlich: | Stadt Aachen | | | | | | |
| | 2022 | 32,8793 | 533.652.090,00 | 178.719.176,00 | 175.460.924,00 | -3.258.252,00 | |
| | 2023 | 35,6160 | 523.832.892,00 | 193.211.198,00 | 186.568.068,00 | -6.643.130,00 | |
| | 2024 | 34,8798 | 551.700.802,00 | 199.126.069,00 | 192.432.159,00 | -6.693.910,00 | |
| | 2025 | 34,3360 | 574.927.406,00 | 205.241.279,00 | 197.407.213,00 | -7.834.066,00 | |